

HAMBURG/DEN 13. JANUAR 1922

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSÉE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VII. JAHRGANG

NR. 2

Die Arbeitnehmer-Aktien der Firma Krupp

Die Frage der Ausgabe von Aktien seitens der Unternehmungen an ihre Arbeiter und Angestellten ist in letzter Zeit besonders ausgiebig behandelt worden. Befürwortet wurde der Gedanke vor allem von dem früheren Generaldirektor der Krupp-Werke, Geheimrat Dr. Alfred Hugenberg. In einem Gutachten über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus sprach sich Januar 1921 ferner der Vierzehnerausschuß der Sozialisierungskommission dafür aus. Vorgeschlagen wurde die Schaffung einer Kleinaktie zu einem Nennbetrag von 100 *M*. Voraussetzung dafür wäre eine Änderung der aktienrechtlichen Gesetzgebung gewesen, durch die der kleinste Nominalwert einer Aktie auf 1000 *M* beschränkt ist.

Inzwischen hat die Inflation solche Fortschritte gemacht, daß an eine Herabsetzung dieses Nominalwertes nicht mehr zu denken ist. Im vergangenen Jahre schien es mitunter, als sei das Pari an der Börse bereits auf 10 000 *M* verlegt. Die zeitweilige Weigerung des Berliner Börsenvorstandes, Aufträge unter 5000 bzw. 6000 *M* nominal auszuführen, ist ferner bezeichnend dafür, daß der Mindestnennwert einer Aktie eher heraufgesetzt werden muß.

Eine Heranziehung der Arbeiter und Angestellten ist jedenfalls heute auch bei einem Nennwert von 1000 *M* möglich, denn die Einkommen sind entsprechend gestiegen.

Die Firma Krupp hat jetzt mit der Ausgabe von Aktien an Arbeiter und Angestellte einen Schritt getan, der größtes allgemeines Interesse beanspruchen darf. Handelt es sich doch um eine der größten deutschen Unternehmungen mit einem gewaltigen Heer von Arbeitern und Angestellten. Es ist anzunehmen, daß sich noch andere Werke dem Vorgehen der Firma Krupp anschließen werden, wenn dieses sich bewähren sollte. Der Schritt der Werksleitung ist deshalb von nicht geringer sozialpolitischer Tragweite.

Die Firma Krupp hat von jeher den Gedanken der „Werksgemeinschaft“ zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer in den Mittelpunkt ihrer sozialpolitischen Bestrebungen gestellt. Sie war dauernd bemüht, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zu mildern, indem sie von der Auffassung ausging, daß Werksleitung und Arbeitnehmer zusammengehören, da sie alle dem gleichen Ziele dienen, nämlich der Förderung des Unternehmens.

Das Unternehmen — das ist die leitende Ideologie — ernährt und erhält alle, die ihm angehören; Arbeit am Werke ist deshalb gleichzeitig Arbeit für das eigene Wohl. Da das Unternehmen aber ein Glied der deutschen Volkswirtschaft bildet, so wird durch Hingabe an das Werk auch das Gemeinwohl gefördert. Bekannt ist der Ausspruch Alfred Krupps:

„Der Zweck der Arbeit soll das Gemeinwohl sein“. Das Unternehmen ist „ewig“, zeitlos. Es besteht weiter, wenn Generationen von geistigen und körperlichen Arbeitern am Unternehmen ins Grab gesunken sind. Der Vater reicht, wenn er alt geworden ist, dem Sohne Feder und Zirkel oder Hammer und Zange weiter und sagt zu ihm: Nun arbeite du und setze mein Werk fort! Aus solcher Tradition ergeben sich Verpflichtungen gegen das Unternehmen. Es ist die Anschauung, die offenbar eine Reihe unserer großen Industriekapitäne leitet, Männer, von denen bekannt ist, daß sie für persönlichen Luxus kein Organ haben, sondern nur einen Genuß kennen: ihr Unternehmen durch Arbeit und immer wieder Arbeit, die an keine Stundenzahl gebunden ist, in die Höhe zu bringen, bis sie der Tod von ihrem Posten, aus ihrem Amt, abrückt.

Es ist hier nicht der Ort, um an dieser ganzen Ideologie Kritik zu üben, ihre wirtschaftliche und ethische Stichhaltigkeit und Berechtigung zu prüfen. Sie soll hier nur gekennzeichnet werden. Sie ist es, aus der die weltbekannten Wohlfahrts-einrichtungen der Firma Krupp hervorgegangen sind, die ja weit über das hinausgehen, was staatlicher Zwang vorschrieb, und zum großen Teil schon ins Leben gerufen wurden, als es eine offizielle Sozialpolitik noch nicht gab. Die Firma Krupp hat Wohnkolonien geschaffen, zunächst für ihre invalide gewordenen Arbeiter und deren Angehörige, um ihnen einen ruhigen und angenehmen Lebensabend zu sichern. Dann auch für ihre übrigen Werksangehörigen mit dem Ziel, ihnen ein gesundes, zweckmäßiges und möglichst schönes Wohnen zu ermöglichen. Daß dies Ziel erreicht wurde, beweist die Tatsache, wie sehr sich die Werksangehörigen um die Erlangung solcher Wohnungen bemühten, noch bevor die Wohnungsnot einsetzte und jede Wohnung begehrtestens erscheinen ließ. Andere Mittel, die Arbeitnehmer an die Firma zu fesseln, bilden die Konsumanstalten der Werke, die Pensionskassen, die Badeanstalten, Lesehallen, Bibliotheken und mancherlei andere Bildungseinrichtungen.

Der Gedanke der Werksgemeinschaft wird bekanntlich von den sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Gewerkschaften gepflegt, die von ihren Gegnern gern als „gelbe“ bezeichnet werden. Die Firma hat diese Gewerkschaften offensichtlich stets mit besonderem Wohlwollen behandelt. Aber davon abgesehen ist es begreiflich, daß diese Gewerkschaften gerade bei einem Unternehmen einen besonders günstigen Boden gefunden haben, das von jeher eine entschlossene Politik im Sinne eines Ausgleichs der sozialen Gegensätze für eine seiner wichtigsten Aufgaben hielt. Die Firma Krupp hat sich durch diese Politik einen Arbeiterstamm

gesichert, auf den sie sich verlassen konnte und noch kann. Es gibt zahlreiche Familien, die in der zweiten und dritten Generation auf den Kruppschen Werken tätig sind.

Der Krieg hat aber in den alten Arbeiterstamm große Lücken gerissen und anderseits der Firma zahlreiche Elemente zugeführt, die Seßhaftigkeit und Bodenständigkeit erst noch lernen müssen. Insofern hat der Krieg vieles vernichtet, was die Firma in Jahrzehnten mühsam aufgebaut hatte. Es ist deshalb begreiflich, daß die Firma ihre bisherige Politik in verstärktem Maße und mit zum Teil neuen, den veränderten Verhältnissen angepaßten Mitteln fortzuführen gewillt ist, um die Schäden wiedergutzumachen.

Bereits vor drei Jahren hatte der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Kruppwerke, Herr Krupp von Bohlen und Halbach, die Absicht der Familienaktionäre angekündigt, den Werksangehörigen die Möglichkeit einer Teilnahme am Gewinn des Unternehmens zu schaffen. Es konnten aber zunächst infolge des verlorenen Krieges und der notwendigen kostspieligen Umstellung auf Friedensbedarf keine Gewinne ausgeschüttet werden, und deshalb waren entsprechende sozialpolitische Neuerungen einstweilen noch nicht durchzuführen. Nach drei dividendenlosen Jahren erfolgt nunmehr wieder die Ausschüttung einer Dividende von 4 % auf die A-Aktien und von 6 % auf die B- und C-Aktien aus den Gewinnen des Geschäftsjahres 1920/21. Gleichzeitig wird das Aktienkapital der Friedr. Krupp A.-G. von 250 Mill. M. bis zu dem doppelten Betrage dieser Summe erhöht.

Firma und Familie Krupp benutzen nun diese Gelegenheit, um die Werksangehörigen unmittelbar an der Substanz des Werks zu beteiligen. Zur Begebung an Werksangehörige schafft Krupp einen neuen Typ Vorzugsaktien, die im Statut der Gesellschaft künftig Gruppe D genannt werden. Die Aktien dieser Gruppe erhalten eine Vorzugsdividende von 6 %. Können diese 6 % infolge schlechter Geschäftslage einmal nicht ausgezahlt werden, so wird die Differenz in einem der folgenden Geschäftsjahre nachgezahlt. Werden 6 % Gewinnausschüttung allgemein überschritten, so nehmen die Vorzugsaktien gleichberechtigt mit den Stammaktien an der Dividende teil, jedoch nur solange, bis 10 % erreicht sind. Über 10 % hinaus geht die auf die D-Aktien entfallende Dividende auf keinen Fall; dafür sind aber die ersten 6 % garantiert. Die Aktien werden an die Werksangehörigen zu dem verhältnismäßig sehr niedrigen Kurs von 110 % abgegeben.

Die bisherigen Aktien der Krupp A.-G. werden nicht an der Börse gehandelt, sondern sind durchweg im Familienbesitz. Auch die neuen D-Aktien kommen nicht auf den Markt. Damit ist den Werksangehörigen, die D-Aktien erwerben, die Möglichkeit zu unter heutigen Verhältnissen vielleicht erheblichen Börsengewinnen genommen, Gewinne, wie sie bei einem Ausgabekurs von 110 % wenigstens für den Anfang so gut wie sicher wären. Die werksangehörigen Aktionäre haben damit auch nicht die Möglichkeit, ihr Vermögen durch Anlage in D-Aktien der fortschreitenden Inflation anzupassen. Bei dem Erwerb von Aktien ist aber dies heute meist das leitende Motiv. Gewiß stellen die neuen Kruppaktien Anteile an Sachwerten dar, und diese Sachwerte werden mit der Preissteigerung Schritt halten. Aber ein Recht, über sie zu verfügen, ein Recht zur Veräußerung der Aktien zu einem ihrem inneren Werte entsprechenden Preise besteht nicht. Und so kann der Gedanke praktisch nicht verwirklicht werden, der heute die verängstigten Kapitalisten von der „Papiermark“ zu den Sachgütern drängt. Das nimmt dieser Aktienausgabe an die Werksangehörigen einen Teil ihres Reizes.

Schließlich läuft die ganze Aktion darauf hinaus, daß die Werksangehörigen für ihre Spargelder eine ganz besonders gute Verzinsung haben, die zu einem Teil fest, zu einem anderen variabel ist. Die ganze Kapitalanlage unterscheidet sich von der Anlage bei einer Sparkasse nur durch diesen höheren Zinstuß, vielleicht auch noch durch größere Sicherheit. Wie ein Sparkasseguthaben jederzeit aufgehoben werden kann, so ist es auch den werksangehörigen Aktionären möglich, das in den Aktien angelegte Geld zurückzuhalten. Die Aktien werden ihnen dann zu dem Ausgabekurs wieder abgenommen. Ein Verlust tritt in diesem Falle nicht ein; aber auch ein Gewinn läßt sich nicht erzielen. Das bedeutet, solange die allgemeine Teuerung fortschreitet, daß die betreffenden Aktionäre klüger getan hätten, ihr Geld in Sachwerten oder börsengängigen Aktien anzulegen.

Nun darf man allerdings nicht vergessen, daß die Werksangehörigen, die sich zu dem Erwerb der neuen Aktien entschließen, zumeist kleine Leute sind und auch bisher schon eine gut- und testverzinsliche Anlage ihrer Spargelder ohne Verlustrisiko bevorzugten. Andererseits hat man, namentlich im vergangenen Jahre, die Beobachtung machen können, daß ein immer stärkerer Drang nach der Börse aus den Reihen der Kleinkapitalisten erfolgte. Vor dem Kriege galt als unumstößlicher Grundsatz, daß das Börsenspiel nichts für kleine Leute sei. Welcher Volkswirt kann im Ernst diese Auffassung heute noch vertreten? Ist das, was man als Spekulation bezeichnet, heute nicht vielfach eine bloße Anpassung an die durch die Inflation geschaffenen Verhältnisse und der einzige Ausweg, um zu verhindern, daß ein kleines erspartes Vermögen zur völligen Bedeutungslosigkeit herabsinkt? Jener Grundsatz hat nur Geltung in Zeiten, wo die Währung stabil ist und die Preise sich nicht sprunghaft ändern. Das ist zu bedenken, wenn man die Erklärung der Kruppschen Werksleitung liest, daß „für Spekulation und Spiel kein Raum“ gegeben sei.

Der Werksleitung ist natürlich daraus kein Vorwurf zu machen. Der Sinn ihres ganzen Vorgehens würde ja hinfällig werden, wenn die Aktien an die Börse kämen. Sie würden aus der Hand des werksangehörigen Aktionärs sehr rasch in die eines Werksfremden gleiten. Die erstrebte Bindung des Werksangehörigen an das Unternehmen durch Kapitalbeteiligung würde im gleichen Augenblick völlig vereitelt. Aber die psychologische Wirkung der Aktienausgabe auf den Werksangehörigen wäre größer, wenn er das Gefühl hätte, wirklich die Verfügungsgewalt über einen Bruchteil des Werkes zu besitzen, wenn er handgreiflich sähe, wie der Wert seiner Aktie stiege im Schritt mit dem Wert der durch sie vertretenen Sachgüter. Dies ließ sich nicht erreichen; erreicht worden ist aber eine Beteiligung am Gewinn des Werkes in Gestalt besonders günstiger und teilweise von der allgemeinen Dividende abhängiger Verzinsung der Spargelder von Werksangehörigen.

Aktienbesitz können nur solche Personen erwerben, die mindestens fünf Jahre in einem Arbeitsverhältnis zur Krupp A.-G. oder einem mit ihr verbundenen Unternehmen gestanden haben, ferner deren Witwen und minderjährige, unter Umständen aber auch volljährige Kinder. Diese Vorschriften sind aus dem Gedanken der Werksgemeinschaft ohne weiteres verständlich.

Die Technik der neuen Emission ist so, daß die Aktien nicht unmittelbar an die Werksangehörigen ausgegeben, sondern von einem neugegründeten Treuhandverein übernommen und verwaltet werden. Wer Aktien haben will, muß die Mitgliedschaft des Vereins erwerben. Die Treuhandkauft für Rechnung des Mitglieds die Aktien in eigenem Namen;

sie wird als Aktionär in das Aktienbuch der Firma Krupp eingetragen. Sie nimmt Aktien zu dem gezahlten Kurse nach Möglichkeit zurück. Auch kann ein Mitglied der Treuhand seine Rechte an ein anderes abtreten. Einem einzelnen Mitglied gegenüber darf ein Treuhandverhältnis nicht für mehr als 500 Aktien eingegangen werden. Der Vorstand des Treuhandvereins vertritt die Mitglieder in der Generalversammlung. Mitgliederversammlungen finden mindestens einmal jährlich vor der Generalversammlung der Krupp A.-G. statt.

Das Treuhandverhältnis endet, wenn die Aktien, für die es besteht, eingezogen werden, wenn das Mitglied in Konkurs gerät oder unter Geschäftsaufsicht gestellt wird und wenn die Treuhand kündigt. Die Kündigung ist zulässig, wenn das Mitglied seiner Einzahlungspflicht nicht pünktlich nachkommt, wenn es nicht mehr Mitglied der Treuhand ist und wenn es in der Verfügung über die Rechte aus dem Vertrage beschränkt wird (Pfändung, einstweilige Verfügung, Anordnung einer Nachlaßverwaltung usw.). Stirbt das Mitglied, so können innerhalb zweier Monate die Erben von der Treuhand die Ablosung des Treuhandverhältnisses verlangen; im übrigen ist eine Kündigung gegenüber der Treuhand ausgeschlossen. Für Streitigkeiten aus dem Vertrage ist unter Ausschluß des Rechtsweges ein Schiedsgericht ausschließlich zuständig.

Die sozialistische Presse hat an dem neuen Schritt der Firma Krupp begreiflicherweise Kritik geübt. Sie will darin zunächst eine Bevorzugung der leitenden Angestellten sehen, da nur sie über hinreichendes Geld verfügten. Diese Auffassung dürfte im Hinblick auf die bekannte Notlage gerade der geistigen Arbeiter nicht zutreffen. Es ist eingangs auseinandergesetzt worden, daß eine Aktie von 1000 M nominal angesichts der herrschenden Inflation und der ihr mehr oder weniger entsprechenden Einkommen heute bereits als Kleinaktie anzusehen ist. Das gilt in verstärktem Maße, wenn der Ausgabekurs nur um 100 M über diesen Betrag liegt, wie im vorliegenden Falle. Auch die handarbeitenden Werksangehörigen der Firma Krupp sind in der Lage, von dem Recht zum Bezug der Aktien Gebrauch zu machen.

Von dem Treuhandverein erwartet die sozialistische Presse, daß er die Interessen Krupps „treu und brav besorgen“ werde. Da die leitenden Angestellten, bewußte Diener des Kapitals, sich vorwiegend in den Besitz der Aktien setzen würden, so wäre eine verwaltungsfreundliche Mehrheit in ihm gesichert. Selbst wenn die Arbeitnehmer durch die Treuhandgesellschaft von nun an wirklich mitzubestimmen hätten, so bedeute das nur eine Erweiterung des Betriebsrätegesetzes für diesen Einzelfall. Das führende Werk der Schwerindustrie habe mit dieser Maßnahme „alle die Redensarten von der angeblichen Behinderung des Unternehmertums durch die Mitbestimmung der Arbeiter zunichte gemacht“. Man werde „infolgedessen wohl daran denken können, in absehbarer Zeit das Betriebsrätegesetz umfassend auszubauen und so die gesetzliche, nicht

von dem zufälligen Wohlwollen einer einzelnen Firma abhängige Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten zu erweitern“. Diese Ausführungen bilden nichts anderes als einen Versuch, einen Präzedenzfall zu konstruieren, um neue sozialistische Forderungen damit zu begründen. Darin liegt eine unfreiwillige Anerkennung des Schrittes der Firma.

Im übrigen bekämpft die sozialistische Presse den Gedanken der Werksgemeinschaft als solchen, auch in dem neuen Gewande. Bezeichnend dafür sind folgende Darlegungen, die durch zahlreiche Blätter gegangen sind: „Will die Sozialisierung das Interesse der Allgemeinheit an der Produktion und an der Warenverteilung zur Geltung bringen, so wird durch die Werksgemeinschaft das Interesse des Einzelbetriebs über die Interessen der Allgemeinheit gestellt. Die Arbeiter werden an hohe Preise für die Produkte ihres Betriebes gefesselt, um nur größere Rentabilität und damit eine höhere Verzinsung ihrer Aktien zu erreichen. Die Allgemeinheit hat die hohen Preise zu zahlen. Hier droht den Arbeitern der Firma Krupp in der Tat eine große Gefahr insofern, als sie, wenn sie sich die Einrichtung der Arbeiteraktien zunutze ziehen, leicht zum Vorspanner der Unternehmerinteressen werden können. Der Preis der ihnen dafür gezahlt wird, ist verhältnismäßig gering, und es war ja gerade ein Vertreter des Unternehmertums, nämlich Geheimrat Deutsch, der kürzlich schlagend nachgewiesen hat, wie gering die Überschüsse der Aktiengesellschaften sind, wenn sie auf die ganze Belegschaft verteilt werden sollen. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß die Firma Krupp, die tatsächlich bestrebt gewesen ist, auf sozialem Gebiet Hervorragendes zu leisten, die Wirkungen dieser Gewinnbeteiligung überschätzt und so wahrscheinlich in gutem Glauben handelt. Die Arbeiter aber haben die Pflicht, den Folgen ins Auge zu sehen. Wird durch Gewinnbeteiligung ein Betriebsegoismus künstlich groß gezogen, gelingt es den Unternehmern, die Arbeiter zu Kleinkapitalisten zu erziehen, dann ist das ein schwerer Stoß gegen den Sozialismus, an dem sich kein klassenbewußter Arbeiter beteiligen darf“.

Die Werksleitung selbst ist sich von vornherein darüber klar gewesen, daß die Ausgabe der Aktien an die Werksangehörigen noch kein Heilmittel für alle sozialen Schäden darstellt. In einer Kundgebung an die Werksangehörigen bezeichnet sie selbst den Plan einer Kapital- und Gewinnbeteiligung als einen Versuch, der keine Lösung des Problems sein könne und wolle, befriedigende Formen des Zusammenarbeitens von Kapital und Arbeit zu schaffen. Aber es sei ein offener, gut überlegter Schritt, der zeige, daß Krupp zu führen bestrebt sei. Zukunft und Erfahrungen müßten lehren, wie weit dieser Weg nicht nur Vorteile für die beteiligten Werksangehörigen bringe, sondern auch eine bessere Verständigung zwischen Unternehmen und Werksangehörigen.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

Völkerrecht oder französisches Recht? II

Die Rechtsprechung des französisch-deutschen gemischten Schiedsgerichtshofs in Elsaß-Lothringen-Sachen

Stellen wir also auf die Fälle Chamant und Heim noch einmal ab: wäre Chamant vom 12. 10. bis 21. 12. 14 Franzose gewesen, so könnte er nach dem Versailler Vertrag — wie auch wir zugeben, gerechterweise — Restitution gegen das Urteil verlangen, das gegen ihn als unverteidigten, durch die höhere Gewalt des Krieges am Erscheinen oder auch nur Vertretensein verhinderten feindlichen Ausländer ergangen wäre, und er könnte eben auch Ersatz des ihm aus der Vollstreckung

entstandenen Schadens fordern. Ebenso, wenn das Urteil gegen Chamant nach dem 11. 11. 18 ergangen wäre. Aber das Urteil ist gegen Chamant ergangen und vollstreckt worden, als Chamant Deutscher war. Er war durchaus nicht durch irgendeine rechtlich anerkannte Macht daran gehindert, zu erscheinen oder sich vertreten zu lassen.⁶⁾ Jeder Grund dafür, daß er ent-

⁶⁾ Die Entscheidung sagt darüber: „qu'en fait, il n'a pas été en mesure de se défendre, dans une instance qu'il a ignorée, sans qu'il soit nécessaire de rechercher s'il y a une faute à sa charge dans le fait de n'avoir, avant son départ, constitué

schädigt werden müßte, fehlt nach Billigkeit wie nach strengem Recht. Gleichmaßen im Fall Heim: wäre die Witwe Georg Heim, geborene Emilie Weber in Straßburg schon im Sommer 1918, als ihr Kupfer und Wäsche enteignet wurden, die veuve Georges Heim, née Emilie Weber von der Place de la Gare à Strasbourg gewesen, als die sie jetzt das Deutsche Reich verklagt, so wäre nur noch darüber zu streiten, ob diese Beschlagnahmen als außerordentliche Kriegsmaßnahmen im Sinne des Art. 297 anzusehen sind und wenn diese Frage bejaht wäre, könnte sich das Deutsche Reich der Ersatzpflicht nicht entziehen. In Wirklichkeit war aber nach deutschem Staatsrecht, nach französischem Staatsrecht und nach dem Recht des Versailler Vertrags die Witwe Heim eine in Deutschland wohnende Deutsche, und die Beschlagnahme hat sie nicht mehr oder weniger verletzten können als irgendeine andere der deutschen Staatsgewalt von Rechts wegen unterworfenen Person.

Daß den Elsaß-Lothringern unabhängig von ihrer angeblichen virtuellen Franzoseneigenschaft durch eine Sonderbestimmung des Versailler Vertrags die Aufhebung der während des Krieges gegen sie ergangenen Urteile und der Ersatz der ihnen durch deutsche Verwaltungsmaßnahmen entstandenen Vermögensnachteile zugesprochen werde, behauptet der Schiedsgerichtshof selbst nicht. —

Triepel hat seine Kritik der beiden Fehlsprüche streng auf die Rechtsfrage beschränkt. Hier möchte ich aber zwei politische Gedankenreihen, die sich an die Fälle Chamant und Heim und an ihre unrichtige Lösung in den Schiedssprüchen fast von selbst anschließen, zum Wort kommen lassen.

Die erste ist für das alte Deutschland und, sofern die politische Führung wenig verändert ist, auch für die deutsche Gegenwart sehr peinlich; es tut aber not, sie durchzudenken. Sie ergibt sich aus den Tatbeständen mit ihren elsässischen Vorgängen, mit ihren fast ausnahmslos deutschen Personen der Handlung, die sich hier als Hyänen des Schlachtfelds an dem halbtoten Körper der deutschen Wirtschaft zu bereichern suchen oder andere zu solchem Tun anreizen und dabei führen: Helmer, Schmitt, Heim, Weber — kann man für Frankreich unaussprechlicher deutsch heißen? Es ist aber nichts damit getan, daß man glaubte, der Friedensgefährdung von Frankreich her infame Wort vom „Dolchstoß von hinten“ neu anzuwenden suchen. Vielmehr müssen wir einsehen, daß die Unfähigkeit der deutschen Politik und überhaupt des deutschen Volkstums zur Zurückgewinnung wenigstens der deutschsprechenden Elsassler die größere Schuld an diesen unerfreulichen Erscheinungen trägt. Gewiß ist es absurd, Deutschland die Annexion von 1871 als Staatsunrecht vorzuwerfen und alle Annexionen, auf denen die Staatsgrenzen der alliierten und assoziierten Mächte im Jahre 1914 beruhten, als geheiligtes Recht hinzustellen; gewiß ist es heuchlerisch, jene Annexion in demselben Vertrag zu verurteilen, in dem anderwärts neue Annexionen ohne Volksabstimmung in erheblichem Umfang dekretiert sind. Aber ebenso gewiß war es ein schwerer Fehler Deutschlands, daß man glaubte, der Friedensgefährdung von Frankreich her

irgendwie anders entgegenwirken zu können als dadurch, daß man das Reichsland innerlich für Deutschland gewann, den Protest aus der Welt schaffte, nicht, indem man ihn im Land verbot — um so lauter wurde er in Paris —, sondern indem man ihn auch des Scheins von Grund beraubte. Wie furchtbar hat sich die Vorstellung gerächt, Frankreich sei durch Vorschub für seine Kolonialpolitik über den Verlust seiner Rheinprovinzen zu trösten! Indessen können wir wohl sagen, daß sich das Gericht über diese Fehler Deutschlands vollzogen hat und wir von den Feinden darüber keinen Tadel mehr annehmen brauchen; auch an den „Alsaciens-Lorrains“ des Versailler Vertrags vollzieht sich ja das Walten dieser höheren Gerechtigkeit dadurch, daß sie aus selbständigem Glied eines in seinen Teilen vorbildlich freien Reichsverbandes zu Provinzler des zentralisiertesten Einheitsstaates werden.

Galt die erste Gedankenreihe hauptsächlich der deutschen Politik, so gilt die zweite ausschließlich der Politik Frankreichs und seiner Alliierten. Diese Politik Frankreichs steht hinter den Entscheidungen des Schiedsgerichtshofs. Sie ist im Begriff, ihn aus einem nützlichen Instrument der friedlichen Einigung zu einem Träger neuer Kriegsgefahren zu machen. Denn die Entscheidungen der Schiedsgerichtshöfe ordnen nicht nur die Tatbestände der Vergangenheit: sie setzen auch Recht für die Zukunft; sie stehen nicht nur zwischen den zwei Ländern, die sie zunächst angehen, sondern sie sollen — das bedeutet ihr neutraler Vorsitzender — Diener des Völkerrechts sein. In dieses Völkerrecht der Zukunft will aber der französisch-deutsche Schiedsgerichtshof unter seinem Schweizer Präsidenten den Satz einfügen, daß Angehörige eines Staates, die ihm durch einen Friedensvertrag ohne Befragung ihres eigenen Willens entfremdet worden sind, im wahren, über äußeres Gesetz triumphierenden Sinn diesem Staat angehörig bleiben und, wenn er sie später zurückgewinnen kann, so behandelt werden müssen, als hätten sie niemals unter fremder Herrschaft gestanden. Was heißt das, „politisch gesprochen“? Das heißt eine Prämie setzen auf jeden Revanchekrieg, der in Zukunft zur Rückeroberung verlorenen Gebietes geführt wird — mit einziger Ausnahme der Gebietsverluste, die durch gültige Volksabstimmung, ohne Machtspruch fremder Regierungen oder Ligen, klar und unmittelbar eingetreten sind —; das heißt den irredentistischen Agitator zum Träger des neuen Völkerrechts machen, heißt den Versailler Vertrag und seine Schwesterverträge in ihren Bestimmungen über den Wechsel der Staatsangehörigkeit für „virtuell“ richtig erklären. Bedenkt man, was es heute einem Deutschen kosten muß, um seiner Rechtsüberzeugung willen auf diese französische Theorie der virtuellen Staatsangehörigkeit nicht einzugehen, sie nicht mit beiden Händen zu ergreifen und aus ihr seine Hoffnung auf einen neuen Krieg zu stärken, der die äußerlich verlorenen, innerlich unverlierbaren Deutschen im Westen und Osten zum Reich zurückbringt? Wir brauchten die Entscheidungen des Schiedsgerichtshofs nicht, um zu wissen, daß Frankreich so diese 43 Jahre lang auf den neuen Krieg gehofft und was diese Hoffnung für den Frieden Europas bedeutet hat — auch wenn sie wirklich nicht mehr als bloße Hoffnung war. Wir wissen auch, daß Frankreich diese Gesinnung für die einzig ehrenhafte hält und daß es erwartet, Deutschland werde sich in den nächsten Jahrzehnten das Frankreich der vier Jahrzehnte vor dem Krieg zum Vorbild nehmen. Von einem Richter aus dem Land der dauernden Neutralität und des entschlossenen Wollens zum Frieden hätten wir aber erwarten dürfen, daß er nicht durch seine Entscheidungen, statt der Mittel zum Wiederaufbau Europas, Waffen für die Kriegshoffnungen der Nationalisten liefert.

Dr. A. Mendelssohn-Bartholdy (Blankenese)

ni fondi de pouvoirs ni mandataire pour s'occuper de ses intérêts en alsace; que rien ne permet de présumer qu'une telle précaution eût été utile, en supposant qu'elle ait été possible. Der erste Satz ist eine bewußte Spiegelfechterei, wie aus dem Zusatz „en fait“ hervorgeht. Denn daß eine Partei sich der Urteilswirkung nicht einfach dadurch entziehen kann, daß sie dahin verweist, wo sie nichts von dem Prozeß zu hören bekommt, das weiß nicht nur jeder Jurist, sondern sogar ein Laie kann es sich sagen. Die Partei schafft ein gerichtliches Verfahren nicht dadurch aus der Welt, daß sie es „ignoriert“. Der zweite Satz aber ist, wenn sich sein Verfasser überhaupt etwas bei ihm gedacht hat, so zynisch, daß ich ihn selbst diesem Präsidenten nicht zutrauen möchte: er sagt nämlich dann, daß Chamant den Prozeß, wenn er ihn überhaupt führte, wirksam in der Sache verlieren mußte, weil er das Geld schuldete — deshalb war es für den Schuldner viel „nützlicher“, sich unvertreten ins feindliche Ausland zurückzuziehen. Einer rechtsphilosophischen Untersuchung über den Gegensatz von Recht und Nützlichkeit ist dieser Satz der Entscheidung jedenfalls sehr zur Beachtung zu empfehlen.

Deutschland

Der Außenhandel im Oktober und November 1921

Die Außenhandelsstatistik des Novembers weist ein überraschendes Moment auf: einen unvermittelten starken Rückgang des Einfuhrüberschusses. Dieser ist umso erstaunlicher, als im Vormonat der Einfuhrüberschuß, besonders hinsichtlich der Mengen, aber auch im Wert, sich wesentlich erhöht hatte und, wie unsere Übersicht zeigt, seit Monaten (in den Werten schon seit Mai) ein gleichmäßiges Ansteigen der Passivität des Außenhandels gegeben war.

Menge in Mill. dz, Wert in Mill. M.	Einfuhr.				Ausfuhr			
	Menge		Wert		Menge		Wert	
	1920	1913	1920	1913	1920	1913	1920	1913
Jannar/Juni ..	83,9	340,8	.	5603	89,5	361,3	28613	4998
Juli	17,4	69,4	.	932	20,9	62,6	6190	861
August	15,1	64,7	.	839	19,1	59,6	6033	785
September ..	16,8	63,8	.	909	18,4	63,5	6418	875
Oktober	17,6	68,4	.	968	14,9	64,7	6494	900
November	17,6	63,3	.	985	17,7	59,6	7913	810
Dezember	20,1	58,2	.	960	17,6	65,9	7863	963
Jan./Dez.	188,5	728,2	.	11127	198,1	737,5	69524	10182
Mai	1921	1913	1921	1913	1921	1913	1921	1913
Juni	15,3	59,4	5486	905	11,5	57,8	4558	827
Juli	18,2	61,1	6409	924	15,1	58,2	5468	815
August	19,2	69,4	7580	932	15,6	62,6	6208	861
September ..	21,1	64,7	9418	839	18,3	59,6	6634	785
Oktober	25,3	63,8	10668	909	18,7	63,5	7519	875
November	30,3	68,4	13875	968	19,7	64,7	9711	900
Dezember	25,3	63,3	12278	985	19,1	59,6	11912	810

Meng. i Mill. dz, Wert in Mill. M.	+ Ausfuhr, — Einfuhrüberschuß				Durchschnittswert in M. je dz				Index des Durchschnitts- werte zu Aus- 1920	Kombiniert. Index * englisch amerik.			
	Menge		Wert		Einfuhr		Ausfuhr						
	1920	1913	1920	1913	1920	1913 = 1	1920	1913 = 1					
Jan./Juni	+ 5,6	+ 20,5	.	- 605	.	16	.	320	14	23	100	100	100
Juli	+ 3,5	- 6,8	.	- 71	.	15	.	296	14	21	93	63	60
Aug.	+ 4,0	- 5,1	.	- 54	.	13	.	316	13	24	99	72	70
Sept.	+ 1,6	- 0,3	.	- 34	.	14	.	349	14	26	109	86	81
Okt.	- 2,7	- 3,7	.	- 68	.	14	.	435	14	31	136	92	88
Nov.	+ 0,1	- 3,7	.	- 175	.	16	.	447	13	33	140	91	83
Dez.	- 2,5	+ 7,7	.	+ 3	.	16	.	447	15	31	140	80	74
Jan./Dez.	+ 9,6	+ 8,6	.	- 945	.	15	.	351	14	25	—	—	—
	1921	1913	1921	1913	1921	1913 = 1	1921	1913 = 1	1921	1921			
Mai.	- 3,9	- 1,6	- 928	- 78 359	15	24 396	14	28	124	64	53		
Juni.	- 3,1	- 2,9	- 941	- 109 352	15	23 362	14	26	113	68	61		
Juli	- 3,6	- 6,8	- 1372	- 71 395	13	30 398	14	28	124	72	68		
Aug.	- 2,8	- 5,1	- 2734	- 54 446	13	34 365	13	28	114	79	74		
Sept.	- 6,6	- 0,3	- 3149	- 34 422	14	30 402	14	29	126	104	95		
Okt.	- 10,3	- 3,7	- 4164	- 68 462	14	33 492	14	35	154	146	130		
Nov.	- 6,3	- 3,7	- 366	- 175 488	16	31 624	14	45	195	245			
Mal. Nov.	- 36,6	- 24,1	- 13654	- 589 418	14	29 434	14	31	—	—			

* Der kombinierte Index zeigt die in Mark umgerechnete Preissteigerung in England bzw. in Amerika an, unter Berücksichtigung der Großhandelspreise und des jeweiligen Marktstandes in den betreffenden Ländern. Hierbei ist der Durchschnitt des 1. Halbjahres 1920 gleich 100 gesetzt.

Freilich zeigt die folgende Tabelle, welche die Ausfuhr jedes Monats in Hundertteilen der entsprechenden Einfuhrzahlen gibt, bei den Werten für die vorhergehenden drei Monate eine gewisse Stabilität im Verhältnis der Ausfuhr zur Einfuhr, welche bei den absoluten Ziffern nicht in gleicher Weise hervortritt:

Ausfuhr in Prozent der Einfuhr

	für die Mengen	für die Werte		für die Mengen	für die Werte
1921 Mai	75	83	September	74	70
Juni	83	87	Oktober	66	70
Juli	81	82	November	75	97
August	87	71			

Für den Oktober erklärt sich das Anwachsen der Außenhandelszahlen verhältnismäßig leicht. Auf der Einfuhrseite sind größere Lieferungen eingegangen, die teils auf früheren, beim Herannahen der Valutahausse abgeschlossenen „Angstkäufen“, teils auf Eindeckungen bei der damaligen Hochkonjunktur beruhen. Den Hauptanteil des Einfuhrüberschusses aber bestreiten die Nahrungs-, Genuß- und Futtermittel (Warengruppe I der amtlichen Statistik), wo die Mehr- (Netto-) Einfuhr 8,9 Milliarden M. beträgt — bei einem Einfuhrüberschuß von insgesamt 4,16 Milliarden. An dem Ansteigen des Einfuhrüberschusses von 3,149 Milliarden (Sept.) um 1,015 auf 4,164 Milliarden (Okt.) partizipiert dieselbe Warengruppe in erster Linie — hier ist die Oktober-einfuhr um 1,697 Milliarden höher als die des Septembers.

Auch die damalige Erhöhung der Goldzuschläge zu den Zollsätzen mag zur Intensivierung des Außenhandelsgeschäfts mit beigetragen haben.

An der Steigerung der Oktoberausfuhr gegenüber der Septemberwerten sind in erster Linie die Positionen Textilien (+ 481 Mill. M.), unedle Metalle und Waren daraus (+ 412) und landwirtschaftliche Erzeugnisse (+ 403) beteiligt. Bei der Gruppe Maschinen und Fahrzeuge, die als einzige einen beachtenswerten Rückgang hinsichtlich der Mengen (von 41,31 auf 38,36 Tausend t) aufweist, steht diesem eine Steigerung des Wertes um 102,7 Mill. (= 9,3 %) gegenüber.

Wie sehr im übrigen das Ansteigen der Wertzahlen durch das Sinken der Kaufkraft unserer Währung mit bedingt ist, zeigen die Angaben über den Durchschnittswert der Gewichtseinheit in der obenstehenden Tabelle.

Der November bringt nun mit einer Einfuhrziffer von 2 534 000 t (Wert 12 278 Mill.) einen scharfen Rückgang gegenüber Oktober (3 004 000 t — 13 875 Mill.) und eine wesentliche Annäherung an den Stand vom September (2 532 000 t — 10 668 Mill.). Letztere ist bei den Mengen besonders deutlich, bei den Werten ist die Vergleichsmöglichkeit wegen der allgemeinen Preiserhöhungen getrübt. Da auch die Ausfuhrmengen ziffern vom September und November nur wenig differieren, liegt ein Vergleich der beiden Monate nahe, um die Verschiebungen innerhalb der einzelnen Warengruppen festzustellen. Die Gesamteinfuhrmenge des Novembers ist um 0,1 % höher als jene des Septembers. Bei den Warengruppen ist die Steigerung völlig uneinheitlich: hier ergeben sich Zunahmen um 85 % (Papier, Pappe), 65 % (Glaswaren), 41 % (Wachs, Seifen, Öle) — welchen Abnahmen gegenüberstehen: 75 % (Chemikalien, Farben), 61 % (Maschinen), 56 % (Kautschuk, Steinwaren), 52 % (edle Metalle), 30 % und mehr (Textilien — Leder, Pelze — Flechtwaren). Der absolut größte Posten der Abnahme mit einer Verminderung von 106 500 t (gegen Oktober sogar weniger: 288 000 t) gleich 10 % ergeben landwirtschaftliche Erzeugnisse. — Beim entsprechenden Vergleich der Wertsummen ergibt sich, analog den Preissteigerungen, ein Ansteigen der Novembereinfuhr um 15 %. Stärker als der Durchschnitt ist das Anwachsen der Werte bei Papier und Pappe mit 76 %, Glaswaren 52 %, Wachs, Seifen, Öle 28 % — doch bleibt die Steigerung hier überall hinter jener der Mengen zurück, d. h. also, die großen Einfuhrsteigerungen entfallen vorwiegend auf je Gewichtseinheit geringwertige Rohstoffe.

Den stärksten Rückgang weist die Einfuhr in Kautschuk und edlen Metallen mit 66 % und 68 % auf, dann Maschinen mit 44 %. Hingegen ergibt sich bei Chemikalien und Farben deren Einfuhrmenge nur 25 % der Septembereinfuhr betrug, eine Wertzunahme (0,2 %). Ähnlich, wenn auch schwächer ausgeprägt, zeigen die Wertsteigerungen der Gruppen Textilien (+ 14 %) und landwirtschaftliche Erzeugnisse (+ 21 %) deutlich die Wirkungen der gesunkenen Kaufkraft der Mark.

Die Ausfuhr zeigt gegenüber den Septemberzahlen eine Steigerung um 2 % des Gewichts und 78 % des Wertes (somit gegen Oktober einen kleinen Rückgang der Menge um 65 000 t). Hervorragend an der Steigerung sind beteiligt: landwirtschaftliche Erzeugnisse mit 107 700 t, d. i. 78 %, Textilien mit 4200 t (34 %), Papier und Pappe mit 7100 t (35 %), ferner Leder, Pelze — Wachs, Seifen, Öle. Eine Abnahme, allerdings um fast 11 % (117 000 t), zeigt nur die Gruppe der mineralischen Rohstoffe. Alle anderen Warengruppen schließen sich dem Durchschnitte ziemlich eng an. Dasselbe gilt von den Wertzahlen. Es ist also eine gewisse Stetigkeit in der Ausfuhr für die einzelnen Warengruppen gegeben gewesen.

Die Einfuhrmenge im November 1921 stellt sich auf fast 40 % der Einfuhr vom November 1913. Im Vorjahre waren erst 27,8 % des Friedensstandes wieder erreicht, es ist also gegenüber 1920 eine Steigerung der Mengen um 43,7 % eingetreten. Bei der Ausfuhr sind die entsprechenden Zahlen: 32 % des Betrages von 1913 (1920 erst: 30 %) — Steigerung gegen 1920: 8 %. Anders natürlich bei den Werten: hier ist die Einfuhr gegenüber 1913 auf das 12½fache, die Ausfuhr auf das 14½fache angewachsen. (Die Vergleichszahl für die Einfuhr November 1920 fehlt, gegenüber dem Ausfuhrwert dieses Monats ergibt sich 1921 eine Steigerung um 50 %.)

Man wird die statistischen Angaben für Dezember mit einiger Spannung erwarten dürfen: aus ihnen wird zu erkennen sein, ob die von der Tendenz der Vormonate plötzlich abweichenden Novemberzahlen auf dem Zusammentreffen gleichgerichteter Zufälligkeiten beruhen oder ob sie wirklich einen Umschwung im Sinne der Aktivierung unserer Handelsbilanz einleiten.

E. T.

Norwegen

Die wirtschaftliche und industrielle Lage — Die Alkoholfrage und der Außenhandel

Stockholm, den 3. Januar 1922.

Bei einem Vergleich der Wirtschaftslage der vier nördlichen Länder Finnland, Schweden, Dänemark und Norwegen zur Zeit des Jahreswechsels schneidet letztgenanntes Land am schlechtesten ab. Finnland hat dank seiner schwachen Währung ein günstiges Exportjahr hinter sich und die Aussichten für das kommende sind — politisch friedliche Entwicklung vorausgesetzt — als günstig anzusehen. Schweden krankt an seiner hohen Valuta, bestrebt sich aber mit großer Energie, Löhne und Lebensbedingungen diesem hohen Währungsstande anzupassen und so konkurrenzfähig zu bleiben. Dänemark hat seine Landwirtschaft, die bisher noch ein gewisses Gegengewicht gegen die industriellen Nöte bieten konnte. Und Norwegen? Wie in einem früheren Artikel des Näheren ausgeführt, ist sein Wohlstand in erster Linie von der Konjunktur der Schifffahrt abhängig, und auf deren Weltkrise einzugehen, dürfte sich erübrigen. Allerdings ist es geglückt, $\frac{1}{3}$ der Tonnage in Tätigkeit zu setzen, und den Rest machen größeren Teils die Segler aus, von denen etwa 80 % aufliegen, doch lohnt sich die Frachtfahrt in den wenigsten Fällen, oft ist sie mit Verlust verknüpft, den der Reeder auf sich nimmt, da die Kosten bei vollständiger Stilllegung sich noch höher stellen würden. Anfang Dezember hatte man Veranlassung, mit etwas mehr Vertrauen der Zukunft entgegenzusehen, doch bei dem Überangebot, das sich sofort einstellte, wo etwas günstigere Bedingungen herauszuholen waren, dürfte jeglicher Optimismus unangebracht sein.

Die industrielle Lage des Landes ist in gleichem Maße unfreudlich. Die Holzausfuhr blieb 1921 weit unter dem Durchschnitt. Kaum 30 000 Standard St. Petersburg dürften zur Verschiffung gelangt sein, gegenüber 66 524 Standard 1920 und 89 741 Standard 1913. Auch Holzmasse und Papier weisen geringere Exportziffern auf:

Ausfuhrmenge in t:	1921	1920	1913
Trockene Holzmasse.	582	1 051	925
Fenchte	29 090	24 113	34 369
Trockene Zellulose...	6 918	16 524	20 256
Zeitungspapier.....	2 622	11 609	8 673
Packpapier.....	5 149	3 684	7 808

Die letzten vorliegenden Nachrichten über die Absatzmöglichkeiten der hier genannten Produkte lauten günstiger, und

zwar dürfte die Besserung darauf zurückzuführen sein, daß die nordschwedischen und nordfinnischen Häfen durch Eis blockiert sind und Norwegen von seinen eisfreien Häfen aus dringende Nachfrage, wo diese sich einstellt, befriedigen kann.

Unter den im Kriege — teilweise auf breiter Basis — gegründeten industriellen Unternehmungen wirkt die Deflation verheerend. Sämtliche Unternehmungen der Eisen- und Stahlveredlungsindustrie befinden sich in Schwierigkeiten, soweit sie nicht bereits in Konkurs gegangen oder in Liquidation getreten sind. Die mit großen Hoffnungen gegründeten überseeischen Handelsgesellschaften haben das gleiche Schicksal erlitten, und ein Zweig des Wirtschaftslebens, der weit über die begrenzten Möglichkeiten des Landes hinaus sich ausdehnte, das Versicherungswesen, ist zusammengebrochen in einem Umfange, wie dies wohl von keiner Seite erwartet werden konnte. Nur einige wenige Gesellschaften, die nicht zu den größten gehören, haben sich von dem Zusammenbruche fernhalten können, die größte — Norske Lloyd — ist in Konkurs gegangen und stellt Abdeckung der Verpflichtungen in drei gleichen Jahresraten in Aussicht. Begründet ist dieser Zusammenbruch — wie bereits gesagt — durch die unverhältnismäßige Ausdehnung und die im Versicherungsgeschäft in letzter Zeit auch in anderen Ländern, besonders in Dänemark, sich zeigenden Schwierigkeiten.

Bei all diesen Schwierigkeiten im Wirtschaftsleben zeigt sich auffällig, wie während der Hochkonjunktur ein schrankenloser Optimismus das Land zu Spekulationen verleitet hat, die sich nun nach Eintritt der Deflation als verfehlt und seine Kräfte übersteigend herausstellen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die von den Privatbanken ausgeliehenen Gelder im Dezember 1913 648 Mill., im Oktober 1920 4066 Mill. und im Oktober 1921 3742 Mill. Kr betrugen, also eine typische Inflation, die mit Rücksicht auf die Indexzahl der Engrospreise, 286 gegen 100 normal, und den nicht die Hälfte des Normalen ausmachenden Außenhandel absolut ungerechtfertigt und ungesund erscheint.

Unter solchen Umständen ist es nur selbstverständlich, daß die Banken mit großen Schwierigkeiten kämpfen, umso mehr, als im Gegensatz zu Schweden in Norwegen weitverbreitete Filialnetze der Großbanken fehlen und Lokalbanken kleinerer und kleinster Art vorherrschen. Von den 195 Privat-

banken des Landes haben etwa 20 in Liquidation treten oder die Zahlungen einstellen müssen, bei vielen anderen dürften die Schwierigkeiten nur mit Hilfe der norwegischen Staatsbank oder der Großbanken in Christiania und Bergen vorläufig behoben sein. Eine Konzentration des Bankwesens ist daher geboten und macht sich in den ersten Anfängen bereits bemerkbar. An Stelle der durch Liquidation ausscheidenden Banken eröffnen die Großbanken an den betreffenden Plätzen Filialen und die Lokalbanken einzelner Plätze schließen sich zusammen, um den Ansprüchen eher genügen zu können, wie dies kürzlich in der Industriestadt Drammen geschehen ist.

Das Bild der wirtschaftlichen Lage ist also unerfreulich und man hätte erwarten sollen, daß die Anfang November vorgenommenen Wahlen nach der einen oder anderen Richtung hin die Unzufriedenheit des Volkes zum Ausdruck bringen würden. Dies ist nur insofern der Fall gewesen, als die Rechte und die Linke auf Kosten der Mitte ihren Parteibestand erhöht haben, doch bleibt das Stärkeverhältnis ungefähr das gleiche und die Opposition ist nicht stark genug gewesen, die jetzige rechtssozialistische Regierung aus dem Sattel zu heben. Man betrachtete den Ausfall der Wahlen im übrigen auf die Alkoholfrage hin, und das Für und Wider des Alkoholverbotes war beinahe der Kardinalpunkt. Eine Klärung ist auch auf diesem Gebiete nicht eingetreten. Die „Nüchternen“ haben

eine ganz geringfügige — wohl nur zufällige — Majorität, und die Verhältnisse werden manchen Alkoholgegner wohl eines besseren belehren, denn im Zusammenhang mit dieser Frage stehen die Handelsbeziehungen zu den weinexportierenden Ländern Frankreich, Spanien und Portugal, ihrerseits als Abnehmer für norwegische Fischereiprodukte und Tätigkeitsgebiet für norwegische Trampschiffahrt mit an erster Stelle stehend. Im letzten Artikel erwähnte ich bereits das provisorische Abkommen mit Frankreich, wonach Norwegen ein dem Friedensverbrauch entsprechendes Quantum Kognak und Wein von Frankreich zu importieren sich verpflichtet. Nunmehr ist ein Abkommen mit Spanien auf ähnlicher Grundlage in provisorischer Form getroffen. Auch hier muß sich Norwegen verpflichten, ein dem Friedensverbrauch entsprechendes Quantum starker Weine zu importieren, die in Norwegen den Bestimmungen zufolge nur „medizinisch“ verwendet werden dürfen. Als Illustration für den Volkswillen wäre jedenfalls eine Statistik über das Anwachsen der Erkrankungen der Atmungsorgane und deren Bekämpfung durch „starke warme“ Getränke von großem Interesse.

Mit Portugal ist der Zollkrieg in vollem Gange und die norwegische Schifffahrt nach portugiesischen Häfen durch prohibitiv wirkende Maßnahmen und Gebühren von seiten Portugals so gut wie unmöglich geworden. G. M. Fritz

Finnland

Außenhandelsergebnisse 1921 — Handel mit Rußland — Zollpolitik — Handelsverträge — Valutastand — Einzelheiten des Haushaltsplans für 1922 — Besteuerung

Die finnländischen Häfen sind zugefroren, und die regelmäßige winterliche Stillstandsperiode der Wirtschaft hat begonnen; man blickt auf die Ergebnisse des verstrichenen Jahres zurück, und versucht es, die Richtung der kommenden Entwicklung zu erfassen. Zunächst ist festzustellen, daß die anfangs mit so schlechten Aussichten beginnende Ausfuhrperiode doch besser geendet hat, als man erwartete.

Ausfuhr (Werte fob in Mill. F.M.):

	Oktober	November	Januar, November
1921	562,3	515,4	3071,5
1920	364,8	336,4	2648,5

Die Differenz der Werte zugunsten des Jahres 1921 bedeutet keine Zunahme der ausgeführten Warenmenge, sondern hat ihren Grund lediglich in der größeren Kursentwertung der finnländischen Mark.

Auf dem Holzmarkte konnte der Rest der Lagerbestände dank einer kleinen Aufbesserung der Nachfrage abgesetzt werden; die Preise zogen leicht an, für finnländische 7“ Fichtenbattens wurden fob im November 10—11 £, im Dezember teils 14—15 £ gezahlt. Man hofft auf stärkere Nachfrage im Frühjahr, und plant deshalb, den Holzeinschlag in diesem Winter zu erweitern.

Auch in der Holzmasse- und Papierausfuhr war in den letzten Monaten des Vorjahres eine bedeutende Zunahme zu verzeichnen; die Ausfuhr betrug in t:

	Sept.	Okt.	Nov.	Jan./Nov. 21	Jan./Nov. 20
Holzschliff*)	8 067	6 970	13 981	42 913	78 233
Sulfitzellulose*)	15 252	10 620	20 125	79 162	54 704
Sulfatzellulose*)	6 056	5 753	7 113	26 451	27 458
Pappe	1 078	1 746	1 768	9 145	38 423
Packpapier	2 458	1 796	3 085	15 085	25 844
Zeitungspapier	9 937	9 047	10 292	82 266	84 396
Schreibpapier	1 514	657	1 470	5 791	7 662

*) Trockengewicht.

Die Holzmasse- und Papiereinfuhr ist in allen Einfuhrländern im Vergleich zu 1920 stark zurückgegangen, ent-

sprechend auch die Ausfuhr aller Ausfuhrländer; dabei ist aber Finnland als niedrigvalutarisches Land nicht entfernt so schwer getroffen worden wie seine nordischen Konkurrenten Schweden und Norwegen. Auch für Holzmasse und Papier ist die Ausfuhrsteigerung der letzten Vorjahrsmonate mit einer leichten Preiserhöhung verbunden gewesen.

Die Buttersausfuhr war Ende November auf 5920 t gegen 1054 t Ende November 1920 angewachsen; die Zunahme beruht teils auf einer Produktionssteigerung, teils ist sie aber nur die Konsequenz der bedrängten Wirtschaftslage eines Landes, das seine Butter ins Ausland verkaufen und sich selbst mit Margarine aus eingeführten Rohstoffen begnügen muß.

Eine Abnahme hat die Streichhölzerausfuhr (Januar/November: 1739 t) im Vergleich mit 1920 (2549 t) erfahren.

Die Reihenfolge der Ausfuhrabnehmer Finnlands hat sich bis Ende November insofern geändert, als vor die Vereinigten Staaten jetzt Holland einrückt, so daß die Reihenfolge nach dem Wert der Ausfuhr jetzt: England, Schweden, Holland, Vereinigte Staaten, Deutschland ist. Zudem ist Rußland jetzt wieder als Käufer in Finnland aufgetreten. Zuzufolge „Ekonomitscheskaja Schisn“ vom 25. 11. 21 kaufte Rußland von Finnland 10 500 t Papier, 3217 t Pappe, 500 t Zellulose, 250 t Erbsen, 22 t Fett, 49 t andere Lebensmittel und 244 000 Stück Äxte. Bis Anfang Dezember waren nach Rußland Waren im Werte von ca. 80 Mill. F.M. ausgeführt, während die Durchfuhr schätzungsweise 250 Mill. F.M. betrug.

Die Einfuhr hat sich seit September noch verkleinert, und betrug (Werte cif in Mill. F.M.):

	Oktober	November	Januar/November
1921	366,5	295,6	3278,9
1920	354,0	344,5	3237,2

Der Grund für diese Abschwächung ist in der verminderten Kaufkraft zu suchen, von der auch die einheimische In-

dustrie getroffen wird. Die schwierige Lage der Industrie äußert sich nach der anderen Seite in Konflikten mit den Arbeitern, verhältnismäßig hohen Arbeitsloskeitsziffern, vor allem aber in einem verstärkten Ruf nach Schutzzöllen. Diesem Streben ist in dem neuen Zolltarif für 1922 zum Teil Rechnung getragen worden, einerseits durch eine Erhöhung der meisten Grundzölle, und dann durch eine Ermächtigung des Staatesrates zur weiteren selbständigen Erhöhung oder Herabsetzung bestimmter Sätze. Diese Ermächtigung erstreckt sich auf 300 mit Sternen bezeichnete Positionen; dabei ermächtigt ein Stern zur Erhöhung des betreffenden Satzes bis auf höchstens sein Vierfaches, zwei Sterne ermächtigen zur Herabsetzung um höchstens ein Drittel des betreffenden Tarifs. Sehr hoch werden besonders alle Luxuswaren, deren Begriff sehr weit gefaßt ist, besteuert. Für deutsche Exporteure wird besonders die Heraufsetzung der Zölle auf Gewebe aller Art, Lederschuhzeug, Eisen und andere Metalle, landwirtschaftliche Maschinen, elektrotechnische Spezialapparate, Maschinen und Apparate aller Art, Automobile, Zement, Fayence- und Porzellanwaren u. a. von Bedeutung sein. Ihre Berechtigung entnimmt die allgemeine Zollerhöhung aus der fortgeschrittenen Wertminderung der finnländischen Mark, zum Teil bezweckt sie aber auch, wie gesagt, die Errichtung einer Schutzzollsperr.

Der Abstand zwischen Deutschland und den übrigen Lieferanten Finnlands hat sich noch vergrößert. Bis Ende November war Deutschland an der Gesamteinfuhr von 3278,9 Mill. F.M. mit 1085,9 Mill. beteiligt; in zweiter Linie erst stand England mit 657,7 Mill. F.M.

Der schon früher erwähnte, zur Beseitigung der hohen französischen Einfuhrzölle auf finnländische Ausführprodukte und des finnländischen Einfuhrverbots für französische alkoholische Getränke geschlossene Handelsvertrag mit Frankreich ist vom Reichstag ratifiziert worden. Ebenso werden mit Spanien, einem wichtigen Abnehmer Finnlands, Verhandlungen geführt werden müssen, denn dieses Land hat seinen schon gegen ein anderes Alkoholverbotsland, Norwegen, geführten Zollkrieg jetzt auf Finnland ausgedehnt.

Ausfuhrzunahme und Einfuhrabnahme haben einen großen Teil des in den ersten Vierteljahren 1921 entstandenen Einfuhrüberschusses wettgemacht; dieser betrug Ende November nurmehr 207,4 Mill. F.M. (30. 11. 20: 588,7 Mill.).

Gleichzeitig verminderten sich die Auslandsschulden der Banken von 1050,5 Mill. F.M. am 30. 9. auf 998,9 Mill. am 31. 10. und 954,4 Mill. am 30. 11. 21, sowie die Auslandsschulden des Staates von 702 Mill. am 30. 9. auf 685 Mill. am 30. 11. Demgegenüber vergrößerten sich die Auslandsguthaben der Finlands Bank. Die Folge war eine kleine Verbesserung der Wechselkurse für Finnland, die allerdings schon im Dezember wieder einer verschlechternden Bewegung Platz machte, also nicht nachhaltig wirkte.

Verkaufskurse von Finlands Bank:

	31. 10.	15. 11.	1. 12.	15. 12.	2. 1. 22
Paris.....	35,50	20,50	24,50	30,—	29,—
Stockholm.....	1418,—	1175,—	1380,—	1305,—	1330,—
London.....	243,—	201,—	231,—	223,—	222,50

Ein den Kredit Finnlands schwer bedrohendes Ereignis ist die Zahlungseinstellung der Städernas i Finlands Hypothekskassa, deren Obligationen größtenteils im Ausland, auch in Deutschland, untergebracht sind; sollte der Reichstag nicht schleunigst die beantragte staatliche Unterstützung bewilligen, so wird das Ausland in seinem Vertrauen zu Finnland stark erschüttert werden.

Die Gesundung der finanziellen Lage des Landes war eine der Hauptsorgen von Regierung und Parlament in den letzten Monaten; der Reichstag hat soeben den Haushaltsplan für 1922 verabschiedet (in Mill. F.M.):

	1919	1920	1921	1922
Ordentliche Ausgaben.....	953	1114	1818	1931
Außerordentliche Ausgaben.....	712	609	762	245
Zusammen.....	1665	2023	2580	2176

Durch eine große Verminderung des außerordentlichen Etats soll die Ausgabenseite der Staatsfinanzen in 1922 erheblich eingeschränkt werden. Im ordentlichen Etat erfuhren nur die Titel: Ministerium des Äußern und Ministerium des Innern kleine Erhöhungen, im wesentlichen verteilen sich die Ausgaben auf die verschiedenen Verwaltungszweige wie im Vorjahr. Auf Schuldentilgung und Schuldzinsen entfallen 238 Mill. F.M.

Dagegen sind größere Veränderungen auf der Einnahmeseite vorgenommen. Es sollen nämlich keine Anleihen aufgenommen werden. Dafür sind erhöht die Vermögenssteuer, von der die großen Kapitalien in Handel und Industrie in progressiver Steigerung stark mitgenommen werden, außerdem die Erbschafts- und Schenkungssteuer und die Stempelsteuer, welche die Lustbarkeitssteuer mitumfaßt, und neueingeführt die Steuer auf Zinsen- und Dividendenbezüge von Ausländern aus Finnland und eine Streichhölzersteuer. Die Einkommens- und Vermögenssteuer soll insgesamt 430 Mill. F.M., die Tabaksteuer 120 Mill. und die Zölle 533 Mill. samt 12 Mill. F.M. Ausfuhrabgabe (gegen 499 und 85 Mill. vom 1. 1. 21 bis 30. 11. 21) bringen. Aus staatlichem Eigentum (Wälder, Domänen, Kanäle u. a.) erhofft man 611 Mill. F.M. 41 Mill. außerordentliche Einnahmen sollen durch eine Sonderbesteuerung von Finlands Bank erzielt werden. Zur Deckung ihres Kassenbedarfs darf die Regierung 200 Mill. F.M. kurzfristige Kredite nehmen.

Man hat sich also bemüht, die Ausgaben trotz der Preissteigerung und trotz der Valutaschwäche nicht zu vermehren, ja einzuschränken, andererseits auch bemüht, die Ausgaben durch reelle Einnahmen völlig zu decken. Steht auch das Gelingen dieses Strebens nicht außer Zweifel, so weist doch schon der Wille von Regierung und Parlament auf einen guten Richtungspunkt hin.

Hans Gabain

Rußland

Der Außenhandel in den 9 ersten Monaten des vergangenen Jahres — Die wirtschaftliche Lage des Wolga-Gebiets — Die Naturalsteuer

Der Außenhandel Sowjetrußlands nimmt dauernd zu, wenn er sich auch vorläufig noch in recht bescheidenen Grenzen hält. Leider ist es nicht möglich, denselben mit dem Außenhandel des vorrevolutionären Rußlands zu vergleichen, da die bekanntgewordenen Angaben des Volkskommissariats für Außenhandel nur das Gewicht der Waren nennen, die offiziellen Daten bis

1917 jedoch den Wert derselben angaben. Außerdem wäre zu berücksichtigen, daß das heutige Rußland die Randstaaten, Posen, Bessarabien und das Gebiet des Fernen Ostens (letzteres vorläufig) verloren hat. Um wenigstens einige Anhaltspunkte zu geben, seien folgende Zahlen nebeneinander gestellt:

Gesamt-Rußland

In Mill. Rbl.	Ausfuhr	Einfuhr	In Mill. Rbl.	Ausfuhr	Einfuhr
1891/95	628	469	1914	866	939,1
1906/10	1205	901	1915	313,9	674,1
1912	1519	1172	1916	476,4	1722
1913	1520	1375	1917	453,9	1965

Sowjet-Rußland

	In Pud	Ausfuhr	Einfuhr
1918	1 826 256	11 533 464	
1919	52 290	520 006	
1920	676 000	5 223 357	
9 erste Monate 1921 ..	5 582 556	35 586 907	

Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Einfuhr also zum mindesten versiebenfacht und die Ausfuhr mindestens verneunfacht. Das Anwachsen der Einfuhr verdeutlichen folgende Zahlen:

im ersten Vierteljahr.	2 962 100 Pud
„ zweiten „	8 406 900 „
„ dritten „	24 217 900 „

Die Einfuhr bestand aus folgenden Waren:

	Pud	Gesamteinfuhr
Nahrungsmittel	12 833 678	34,5 %
Tierische Produkte	537 397	1,6 „
Holzmaterialien und Saat	757 487	2,1 „
Keramische Artikel	15 546	0,0 „
Beheizung, Teer usw.	11 597 820	32,6 „
Chemische Produkte	471 035	1,3 „
Metall und Metallwaren	7 684 559	21,6 „
Papier und Druckereierzeugnisse	923 870	2,6 „
Webwaren	429 993	1,0 „
Bekleidungsgegenstände	67 193	0,2 „
Diverses	732 329	2,1 „

Von diesen Waren stammten aus:

England	11 590 131 Pud oder	32,6 %
Deutschland	8 216 370 „	23,0 „
Vereinigte Staaten	6 924 804 „	19,5 „
Schweden	2 911 333 „	8,3 „

Deutschlands Anteil an der russischen Einfuhr betrug 1891/95: 25,2 %, 1913: 29,8 %. Englands Anteil — 1891/95: 25,6 %, 1913: 17,6 %. Gegenwärtig hat sich dieses Verhältnis also stark zu Englands Gunsten verschoben, während Deutschlands Anteil prozentual fast gleich geblieben ist. Die Rolle der Randstaaten im russischen Außenhandel ist recht gering. Es wurde eingeführt aus:

Holland .. (Angaben fehlen)	3,6 %	Finnland	279 977	0,8 %
Dänemark („ „)	1,4 „	Litauen	65 502	0,2 „
Estland .. 1972 809 Pud	5,5 „	Polen	23 110	0,1 „
Lettland .. 446 089	1,3 „			

Es handelt sich hierbei vorwiegend um Nahrungsmittel, Papier und Zellulose (aus Finnland und Estland).

Die Ausfuhr betrug im ersten Vierteljahr 467 213 Pud
 „ zweiten „ 2 135 650 „
 „ dritten „ 2 979 693 „

Die Ausfuhr verteilt sich auf folgende Warengruppen:

Lebensmittel	392 581 Pud	7,0 %
Rohstoffe	5 185 283	92,9 „
Fertigfabrikate	4 687	0,1 „
Zusammen	5 582 556 Pud	100 %

Die Ausfuhr betrug nach:

Lettland. 2 606 537 Pud	46,7 %	Estland .. 85 657 Pud	1,5 %
England. 1 873 164	33,6 „	Persien. 55 229	1,0 „
Türkei .. 333 189	6,0 „	Norweg. 193 187	3,6 „
Deutschl. 256 083	4,6 „	Georgien 34 040	0,5 „
Italien .. 143 126	2,6 „	China... 2 244	—

Nach Angaben der Genossenschaft Arkos betrug der Wert der bis zum 31. 8. verkauften Waren — Holz, Flachs, Felle, Borsten und Manganerz — 2 280 000 Goldrubel. Nach Deutschland gelangten Felle, Flachs und Asbest.

Die Einfuhr nahm vorwiegend den Weg über Petersburg; über diesen Hafen wurden in dem genannten Zeitraum 16 Mill. Pud Waren — oder 44,9 % der Einfuhr — eingeführt. 30 % gingen über Jamburg, d. h. über Estland, 8,1 % über

Murmansk im äußersten Norden und 6,6 % über Sebestj; 10,4 % verteilten sich auf die übrigen Zollämter. Polen hat im Transitverkehr eine verschwindend geringe Rolle gespielt; der Schwarzmeerhandel hat sich noch nicht recht entwickeln können. Auch in der nächsten Zukunft dürfte der russische Handel vornehmlich ein Ostseehandel bleiben.

Über den sowjetrussischen Handel mit England wird des näheren noch bekannt, daß die Genossenschaft „Arkos“ in den Monaten Januar bis September 1921 Waren für 4 064 207 £ gekauft hat. Davon ist etwa die Hälfte bereits nach Rußland verschifft worden. In Deutschland und Amerika sind Waren für 2 300 000 £, darunter für 274 000 £ deutsche Chemikalien bestellt worden. In Lettland sind in der Zeit vom 1. 10. 20 bis 1. 10. 21 Einkäufe im Werte von 5 003 822 Goldrubel vorgenommen worden; exportiert wurden nach Lettland russische Waren — Hanf, Flachs und Naphtha — für 1 570 750 Goldrubel; in Schweden hat die Handelsdelegation in der Zeit vom 1. 1. bis 1. 7. für 4 592 589 Goldrubel und vom 1. 7. bis zum 1. 10. für 7 536 149 Goldrubel Waren gekauft. Diese Angaben sind natürlich ganz unvollständig, denn sie stammen von den offiziellen Auslandsdelegationen des Kommissariats für den Außenhandel, die längst nicht mehr alle Einkäufe vornehmen; zumal ein großer Teil des über Petersburg gehenden Handels entzieht sich der Kontrolle dieser ausländischen Bureaus. Besonders der Wert der deutschen Ausfuhr nach Rußland dürfte viel höher anzusetzen sein.

Rußlands Außenhandel konnte in Friedenszeiten nur deshalb eine aktive Handelsbilanz aufweisen, weil es möglich wurde große Mengen Getreides auszuführen. Der größte Teil des Getreideüberschusses stammte aus dem Südsteggebiet, ergaben doch diese Gouvernements einen Überschuß von 230 Mill. Pud Getreide (im Durchschnitt der Jahre 1907—1910), wovon 190 Mill. Pud ausgeführt werden konnte. Gegenwärtig ist die Saatfläche jedoch im Vergleich mit dem Jahre 1914 um mehr als zwei Drittel, im Vergleich mit 1916 um 37 % zurückgegangen, im unteren Wolgagebiet sogar um 50 %; die Abnutzung des landwirtschaftlichen Inventars wird mit 50—70 % abgeschätzt; die Zahl der Zugtiere soll sich um 46 %, die der Kühe um 30 % verringert haben. Unter solchen Umständen ist es zu verstehen, daß ein Sommer der Dürre genügt hat, diese reichen Gegenden mit einer Hungersnot heimsuchen, die Millionen von Menschen mit dem Tode bedroht und das Saatgetreide aufzehrt, so daß auch die nächsten Jahre höchst bedrohliche Perspektiven eröffnen. Da die Verbrauchsnorm pro Einwohner mit 10 Pud jährlich berechnet wird, der Ernteertrag jedoch im mittleren Wolgagebiet mit 5,3—2,3 Pud und im unteren Wolgagebiet mit 4,3—2,2 Pud angegeben wird, so betrug zu Beginn des Winters das Defizit an Getreide zur Ernährung der Bevölkerung allein für dieses ehemals getreide reichste Gebiet 81—122 Mill. Pud. Aus Mangel an landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen kann selbst nach Beschaffung von Saatgetreide — das zum Frühjahr vielleicht doch noch aus dem Auslande kommen könnte — nicht daran gedacht werden, den Bauern die Feldbestellung zu ermöglichen. Die Sowjetregierung hat den jährlichen Minimalbedarf dieser elf Gouvernements an landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen berechnet; er würde betragen:

Pflüge	715 000	für 18 Mill. Gold-Rbl.
Traktore	30 000	„ 300 „
Mähmaschinen	65 000	„ 10 „
Garbenbinder	65 000	„ 33 „
Sämaschinen	90 000	„ 10 „
Sensen und Harken	19 000	„ 19 „

In Summa also für 390 Mill. Gold-Rbl.

Da das russische Staatsbudget gegenwärtig auf der Basis des Vorkriegs-Goldrubel errechnet wird und für die Zeit vom 1. 1. bis zum 30. 9. 22 mit 1403 Mill. Goldrubel balanziert, so kann, bei einem Defizit von 230 Mill. Goldrubel natürlich nicht an eine Ausgabe von diesem Umfange gedacht werden. Kalinin, der im Hungergebiet mit diktatorischen Vollmachten regiert, mußte daher erklären, daß die gegenwärtige Hungersnot in den nächsten Jahren vermutlich sich in noch schlimmeren Ausmaßen wiederholen müssen. Alles was jetzt geschehen kann sei eine möglichst energische Durchführung der Verpflegungssteuer im übrigen Rußland, um alle nur greifbaren Überschüsse und Getreidereserven in den notleidenden Südosten zu schaffen. Bis zum 1. 12. 21 ist jedoch weniger Getreide eingeliefert worden wie im Vorjahre; eine Reihe von Gouvernements sind bei dem Kommissariat in Moskau vorstellig geworden im Sinne einer Herabsetzung der Umlage „in Anbetracht der besonderen Lage“ der einzelnen Bezirke. Überall war im vergangenen Jahr eine Abnahme der Saatfläche gegenüber dem schon ohnehin schlechten Jahre 1920 festzustellen. Die Angaben sind natürlich wieder sehr unvollständig; erfüllt wurden im Durchschnitt nur 40—60 % der gesetzlichen Norm. Im Jahre 1920 erhielt der Staat auf Grund der Naturalsteuer 143 Mill. Pud, im Jahre 1921 — 75 Mill. Pud Getreide. Aus der getreidereichen Ukraine war ursprünglich berechnet worden 130 Mill. Pud zu erhalten, man ermäßigte diese Norm dann auf 114 Mill. Pud und hoffte 81 Mill. auf Grund der Naturalsteuer, 20 Mill. aus der Mahlsteuer und 20 Mill. Pud Getreide durch den Waren-

tausch zu erhalten. Bisher — Anfang Dezember — sind jedoch nur 43 Mill. Pud tatsächlich eingeliefert worden. Die Mahlsteuer z. B. erbrachte nur 12 % dessen, was erwartet wurde. Selbst in Gebieten wo genügend Getreide erzeugt wird, gelingt es nicht, die staatliche Naturalsteuer durchzuführen. Verwunderlich ist dies nicht. Der Sowjetregierung stehen keinerlei Mittel zur Verfügung, die Bauern zur Ablieferung des Getreides zu veranlassen, da sie die Austauschwaren, die der Landwirt braucht, nicht besitzt und über keinerlei Autorität auf dem flachen Lande verfügt. Es bleibt also nichts anderes übrig als Gewalt anzuwenden. Auch die Zarenregierung ließ säumige Steuerzahler in Massen auspeitschen. Also werden Strafexpeditionen angewandt, damals wie heute, nur mit dem Unterschied, daß das, was damals immerhin eine Ausnahme war, heute die Regel ist und sein muß. Diese Regierung hat keinerlei direkte Beziehungen zur Bauernschaft, wird weder besonders gehaßt, noch verstanden oder gar besonders gefördert — es ist einfach so als spiele sich das politische Geschehen und das Wirken der Sowjetregierung in einer anderen Welt ab, die bisweilen ins Dorf einbricht, mit höherer Gewalt dem Bauern fortnimmt was er hat — um ihn dann wieder seinem Schicksal zu überlassen. Dies nennt man in Moskau dann wirtschaftliche Probleme mit politischen Machtmitteln beeinflussen und gestalten. Den Hunger und Hungertypus mit diesen Mitteln zu bekämpfen ist ausgeschlossen; die Bevölkerung des Südostgebiets kann somit menschlichem Ermessen nach nicht gerettet werden.

Dr. Hans von Eckardt

Vereinigte Staaten

Handel und Industrie im Jahre 1921

New York, 24. Dezember 1921.

Die Vereinigten Staaten haben so gut wie fast alle anderen Staaten der Welt im verflossenen Jahre, dessen Verlauf eine Wiederannäherung an Vorkriegsverhältnisse in Waren und Löhnen brachte, einen ausgesprochenen Rückgang ihrer kommerziellen und industriellen Tätigkeit erfahren. Mit dem Preissturz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, der vielleicht den Anfang der Preisabwärtsbewegung darstellte, gingen die Einnahmen einer sehr starken Bevölkerungsschicht der Vereinigten Staaten und damit auch deren Kaufkraft empfindlich zurück. Die Wirkung eines Rückgangs der Einnahmen macht sich im Falle der Farmer um so prompter fühlbar, als diese Bevölkerungsschicht den allergrößten Teil ihres Bedarfs an Nahrungsmitteln selbst erzeugt und daher am besten in der Lage ist, ihre allgemeinen Ausgaben zu reduzieren, und das eher vermag als die Lohn- und Gehaltsempfänger, die, wenn auch ihr Einkommen reduziert ist, einen großen Teil ihrer Einkünfte für die absolut lebensnotwendigen Dinge ausgeben müssen.

Mit der scharfen Reduzierung der Preise für die Farmerzeugnisse, die gleich zu Beginn des Jahres 1921 einsetzte und bis über die Mitte des Jahres angehalten hat, gingen die Käufe der Farmer an Industrieerzeugnissen stark zurück und die Fabriken waren ihrerseits gezwungen, entweder ihre Betriebe zu schließen bzw. einzuschränken oder die Löhne an ihre Arbeiter und Angestellten herabzusetzen. So erfolgte des weiteren eine entsprechende Reduzierung der Kaufkraft der Arbeiterschaft, die ihrerseits gezwungen war, einen größeren Anteil ihres Einkommens für landwirtschaftliche Erzeugnisse auszugeben und von dem Kauf von Industrieerzeugnissen tunlichst abzusehen. Die gleich-

zeitige ähnliche Entwicklung der Verhältnisse auch außerhalb der Vereinigten Staaten, die zu einer Verminderung der Kaufkraft der breiten Massen geführt hat, brachte es mit sich, daß auch nach außerhalb weniger amerikanische Waren verkauft werden konnten, und mit dem Rückgang der Kaufkraft in den Vereinigten Staaten wurde es für die amerikanische Industrie hinwiederum nötig, ihre Käufe an ausländischen Rohmaterialien einzuschränken.

Infolge dieser Verhältnisse wird der Außenhandel der Vereinigten Staaten im abgelaufenen Kalenderjahr sich auf insgesamt nur 7 Milliarden \$ belaufen gegenüber etwas über 13 Milliarden im Vorjahr 1920. Wenn nun auch ein Teil dieses Rückgangs des Außenhandels auf die gegenüber dem Vorjahr geringere Menge des Aus- und Eingeführten zurückzuführen ist, so ist es doch wahrscheinlich, daß rund die Hälfte dieses Rückgangs, wie er sich seinem Werte nach darstellt, durch die niedrigeren Preise der hauptsächlichsten Artikel, die den Außenhandel ausmachen, bedingt ist. Beispielsweise hatten die in den Monaten Januar bis Oktober 1921 ausgeführten Mengen von Rohbaumwolle höchstens den halben Preis des Vorjahres und es erbrachten infolgedessen die in dieser Zeit ausgeführten 5 120 000 Ballen nur 407 000 000 \$, während die in der gleichen Zeit des Jahres 1920 ausgeführte weit geringere Menge von 4 643 000 Ballen 950 000 000 \$ erzielte; mithin trotz Zunahme der Ausfuhrmenge um 11 % ein Wertrückgang der Ausfuhr um 58 %! Die im Oktober 1921 ausgeführten 73 000 000 Gallonen Leuchtöl hatten einen Wert von 6¼ Mill. \$ gegen einen Wert der im Oktober 1920 ausgeführten 70 000 000 Gallonen von über 10 Mill. \$.

Auf der Einfuhrseite machten die niedrigeren Preise sich

ebenfalls bemerkbar. Die im Monat Oktober 1921 nach den Vereinigten Staaten eingeführten 362 000 000 lbs Zucker sind mit nur 10 Mill. \$ zu bewerten, während die weit geringere Menge von 271 000 000 lbs, die im Oktober 1920 eingeführt wurde, einen Wert von 38 Mill. \$ hatte. Der im September eingeführte indische Rohgummi stellt sich auf 14 cts das (englische) Pfund gegen 39 cts im gleichen Monat des Vorjahrs; die eingeführte Rohbaumwolle auf 16½ cts das Pfund gegen 54½ cts vor einem Jahre und der Rohzinn auf 27 cts das Pfund gegen 55 cts im Vorjahr. Auf der Ausfuhrseite tragen wir noch nach: bituminöse Kohle mit 5 \$ die Tonne gegen 10,35 im Vorjahr, Rohbaumwolle mit 16 cts das Pfund gegen 35 cts, Weizen mit 1,34 \$ das bushel gegen 2,90 \$, Stahlbarren mit 30 \$ die Tonne gegen 72 \$ und Speck mit 15 cts das Pfund gegen 24 cts vor einem Jahre.

Darnach wird der Rückgang des Umfangs des Außenhandels der Vereinigten Staaten auf der Einfuhr wie auf der Ausfuhrseite nicht so sehr überraschen. Das zur Schuhfabrikation in den Monaten Januar bis Oktober 1921 eingeführte Rohmaterial belief sich auf nur 690 gegen 1600 Mill. \$ in der gleichen Zeit des Vorjahres; die in der genannten Zeit eingeführten Nahrungsmittel auf 560 gegen 1602 Mill. \$ und Fertigwaren auf 806 gegen 1460 Mill. \$ in den entsprechenden zehn Monaten 1920.

Auf der Ausfuhrseite stellt sich der Rückgang ziemlich ähnlich dar, wenn er auch nicht ganz so groß ist. Die zur Verarbeitung bestimmten Rohstoffe, die zu weit niedrigeren Preisen als vor einem Jahre verkauft wurden, hatten im Zeitraum Januar bis Oktober einen Ausfuhrwert von nur 806 gegen 1571 Mill. \$ in den gleichen Monaten des Jahres 1920; Nahrungsmittel einen solchen von 1234 gegen 1685 Mill. \$ und Fertigwaren einen solchen von 1764 gegen 3440 Mill. \$ in den entsprechenden Monaten des letzten Jahres, wobei auffällt, daß die Nachfrage der Welt nach Nahrungsmitteln trotz der verringerten Kaufkraft der Welt ziemlich gleich stark bleibt und daß der Verzicht gewissermaßen auf andere Waren entfällt.

Es wird aus den oben angeführten Beispielen ersichtlich, daß bei einem Rückgang der Einfuhr nach den Vereinigten Staaten um 55 % und der Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten um rund 45 % diese Rückgänge in sehr erheblichem Maße auf die niedrigeren Preise, nach denen die Welt ausgeschaut hatte, und fast ebenso sehr auf die geringere Kaufkraft zurückzuführen ist, die die im Inland wie im Ausland erfolgte Herabsetzung der Löhne mit sich gebracht hat.

O. P. Austin,

Statistiker der New York City Bank

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

Parität	4. 1.	5. 1.	6. 1.	7. 1.	9. 1.	10. 1.
M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Wien.....100 K neu.	85,—	6,50—7,50	6,50—7,25	6,50—7,50	6,00—7,50	6,00—7,00
Budapest.....100 K.....	85,—	31,50—32,00	31,50—32,50	30,75—31,75	30,25—31,25	27,00—28,00
Prag.....100 K.....	85,—	299,00—311,00	321,50—331,00	296,50—308,50	299,00—305,00	274,00—278,50
Bukarest.....100 K.....	85,—	—	—	—	—	—
Amsterdam 100 fl.....	168,75	7045,00—7155,00	7320,00—7580,00	6795,00—6980,00	6720,00—6830,00	6095,00—6205,00
Kopenhagen 100 Kr.....	112,50	3805,00—3880,00	3945,00—4105,00	3665,00—3780,00	3657,50—3695,00	3282,50—3330,00
Stockholm.....100 Kr.....	112,50	4740,00—4815,00	4945,00—5105,00	4570,00—4655,00	4570,00—4605,00	4095,00—4155,00
Kristiania.....100 Kr.....	112,50	3295,00—3645,00	3070,00—3155,00	2845,00—2935,00	2855,00—2870,00	2595,00—2675,00
Helsingfors.....100 FM.....	81,—	357,00—372,00	370,00—380,00	330,50—347,00	338,00—345,00	303,00—317,00
Zürich.....100 fr.....	81,—	3700,00—3765,00	3845,00—4005,00	3595,00—3705,00	3557,50—3645,00	3245,00—3280,00
Madrid.....100 Pesetas	81,—	2835,00—2905,00	2970,00—3055,00	2745,00—2830,00	2757,50—2792,50	2445,00—2555,00
Rom.....100 Lire.....	81,—	805,00—827,50	835,00—882,50	792,50—817,50	795,00—805,00	722,50—747,50
Brüssel.....100 fr.....	81,—	1447,50—1492,50	1557,50—1602,50	1395,00—1452,50	1417,50—1447,50	1287,50—1322,50
Paris.....100 fr.....	81,—	1517,50—1547,50	1577,50—1652,50	1472,50—1522,50	1470,00—1502,50	1355,00—1382,50
London.....1 £.....	20,43	802,00—818,00	834,50—870,50	774,50—798,00	722,50—783,00	697,00—716,50
New York.....1 \$.....	4,20	190,75—194,75	199,75—207,25	185,75—183,75	184,25—186,75	165,70—168,75
Buenos Aires.....1 Peso P.	0,85	63,00—66,00	64,00—70,00	—	60,00—63,00	55,00—57,00
Rio de Janeiro.....1 Milreis	1,36	—	—	—	—	—

	Berlin	Wien	Amsterd.	Kopenh.	Stockholm	Zürich	Paris	London	New York
	10. 1.	9. 1.	10. 1.	10. 1.	10. 1.	10. 1.	10. 1.	7. 1.	10. 1.
Berlin.....100 M.	100,—	—	fl.	Kr.	Kr.	fr.	fr.	*)	\$
Wien.....100 K neu.	85,—	6,10	1,70	2,95	2,35	2,95	6,92	778½	573¼
Budapest.....100 K.....	85,—	27,80	0,10	—	—	0,17	—	12500	—
Prag.....100 K.....	85,—	286,—	—	—	—	0,85	—	2540	—
Bukarest.....100 K.....	85,—	—	—	—	—	8,45	—	259	—
Amsterdam.....100 fl.	168,75	6475,—	—	186,—	148,25	190,25	442,75	11,46½	36,75
Kopenhagen.....100 Kr.	112,50	3475,—	54,60	—	80,—	102,25	—	21,125	—
Stockholm.....100 Kr.	112,50	4365,—	67,85	126,10	—	128,50	—	17,—	—
Kristiania.....100 Kr.	112,50	2750,—	42,47½	78,75	62,75	81,75	—	27,01	—
Helsingfors.....100 FM.	81,—	324,50	—	9,50	7,50	—	—	221,50	—
Zürich.....100 fr.	81,—	3365,—	52,60	97,85	78,30	—	233,—	21,74	—
Madrid.....100 Pesetas	81,—	2590,—	40,75	—	—	77,50	180,50	28,23	—
Rom.....100 Lire.	81,—	750,—	11,02½	—	—	22,30	52,—	97,—	—
Brüssel.....100 fr.	81,—	1390,—	21,77½	40,35	32,—	41,—	96,—	54,55	—
Paris.....100 fr.	81,—	1450,—	22,67½	41,90	33,—	42,90	—	52,28½	8,31
London.....1 £.	20,43	740,—	11,49½	21,33	16,95	21,87	50,85	—	4,29¾
New York.....1 \$.	4,20	175,25	2,71½	504,—	402,—	5,17½	12,011	4,20	—
Buenos Aires.....1 Peso P.	0,85	58,50	—	—	—	1,70	—	43⅓	—
Rio de Janeiro.....1 Milreis	1,36	—	—	—	—	—	—	—	—
Agram.....100 Dinare.	81,—	8565	—	—	—	1,75	—	296½	—

*) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Buenos Aires.....7. 1.: 1 \$ oro arg. = 136,— M.

Rio de Janeiro.....10. 1.: 1 Milr. = 22,— M.

Valparaiso.....4. 1.: 1 \$ = 18,5 M.

Mexico.....7. 1.: 1 \$ = 90,— M.

Wertstand in Hundertteilen des Friedensstandes:

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	10. 1.	10. 1.	10. 1.	10. 1.	10. 1.
Reichsmark	2,87	3,32	2,64	2,39	2,42
Dt. österr. Krone	0,20	—	—	0,16	—
Französ. Frank.	47,24	58,19	45,83	42,90	43,08
Pfund Sterling.	94,92	117,46	93,34	86,72	88,10
Dollar	100,04	135,12	107,77	99,86	—

Entwertungszahl*)

	Amsterd.	Kopenh.	Stockh.	Zürich	New York
	10. 1.	10. 1.	10. 1.	10. 1.	10. 1.
Deutschland	38,5	30,8	38,6	41,5	41,7
Österreich	1247,2	778,6	—	1354,4	1340,7
Frankreich	2,1	—	—	2,3	2,3
England	1,1	0,9	1,1	1,2	1,2

*) Die Entwertungszahl gibt an, das Wievielfache des Friedenskurses einer Auslandswährung ihr gegenwärtiger Kurs beträgt.

(Fortsetzung Seite 29.)

Weltmarktpreise

Ware	Börse	Handelsübliche Form	Ende 1913			3. 12. 1920			2. 12. 1921			
			Notierung	a	ab	Preis in M. Friedensparit.	Notierung	Preis in M. Friedensparit.	Preis in M. Kurswert	Notierung	Preis in M. Friedensparit.	Preis in M. Kurswert
Kolonialwaren												
Kaffee	Hamburg	Santos M. je kg	0,51	—	—	je kg	19-22	je kg	je kg	56-60	je kg	je kg
"	Hamburg	Standard Nr. 4 ... Rs je 10 kg	55000	0,1	0,222	1,11	75000	1,70	45,43	163800	3,73	45,36
"	New York	Rio Nr. 7 ... loko cts je lb	9,—	2,22	0,0888	0,80	7	0,62	10,89	9 1/16	0,81	24
"	Amsterdam	Santos ... fl je 100 kg	—	0,01	0,0165	?	307/8	0,51	6,60	29	0,48	22,69
Tee	London	Ceylon, Pekko, Souch. s je lb	— 81 1/2	2,22	2,27	1,51	— 43 1/4	0,79	9,46	— 103 1/4	2,09	89,00
Kakao	Hamburg	Accra fair M. je 50 kg	60,—	—	—	—	640,—	—	—	2410,—	—	—
"	London	Trinidad ... s je cwt	68 0-70/9	0,02	0,02	1,40	7380	1,50	17,90	52-60	1,12	98,86
Zucker	New York	Centrifugals cts je lb	3,12	2,22	0,0888	0,28	5,76	0,51	8,96	4,11	0,56	19,87
Reis	Hamburg	Burma loko M. je kg	0,25	—	—	—	10,—	—	—	18 25 (25,11)	—	—
"	London	Burma Nr. 2 ... s je cwt	7 1/2	0,02	0,02	0,15	27,6	0,50	6,59	19-19,6	0,39	17,01
Getreide												
Weizen	Berlin	M. je 50 kg	etwa 20,50	—	—	je 100 kg	—	je 100 kg	je 100 kg	375-385	je 100 kg	je 100 kg
"	Buenos Aires	fob s je 100 kg	8,10	1	4,05	32,81	17,45	70,67	942,30	12,5	50,62	878,12
"	New York	Hard winter cts je bush. (60 lbs)	100 1/2	3,7	0,148	15	201	23,7	520	123 3/4	19	1037
Mais	Buenos Aires	fob s je 100 kg	5,15	1	4,05	20,85	8,95	36,25	483,30	8,—	32,40	562
"	Chicago	cts je bush. (56 lbs)	68 1/2	3,97	0,159	10,9	72,12	11,4	200	48 1/8	7,75	421,93
"	Berlin	Greifb. ab Hamburg M. je 50 kg	ca. 7,50	—	—	—	172-173	—	—	—	—	—
Hafer	Buenos Aires	fob s je 47 kg	3,55	2,13	8,63	47,82	8,50	73,2	970,5	8,30	71,5	1240,5
Leinsaat	Buenos Aires	fob s je 100 kg	11,60	1	4,05	46,90	18,60	76,14	1015,2	17,75	71,89	1216
Oele, Oelfrüchte												
Palmöl	London	Lagos ... £ je ton	36	0,984	20,07	je 1000 kg	49,10	je 1000 kg	je 1000 kg	36,15	je 1000 kg	je 1000 kg
Kokosöl	London	Crude ... £ je ton	48	0,984	20,07	963,36	82-84,10	1065,8	19 887,1	47-57	1043,6	4464,4
Kopra	London	Ceylon cif ... £ je ton	32,26	0,984	20,07	614,6	49	983,4	58 322,6	28	561,96	24039
Leinöl	Amsterdam	Schwimmend ... fl je 100 kg	20 1/2	10	16,8	435	63	1058	13 482	34 1/2	579,60	26996
Raps	Berlin	Frei Station ... M. je 50 kg	?	—	—	?	430-434	—	—	600 630 (9,12)	—	—
Fleisch, Fette												
Schmalz	Chicago	s je 100 lbs	10,67	2,22	9,33	je 100 kg	99,5	je 100 kg	je 100 kg	8,45	je 100 kg	je 100 kg
Schweinefl.	Chicago	"	20,20	2,22	9,33	188,4	23 242 1/2	218,5	363	15,25	142,28	7372
Talg	New York	"	0,88	2,22	9,33	64,2	7,25	67,6	1126	6 1/4	58,31	3021
Häute, Felle, Leder												
Rindshäute	Deutschland	M. je 1/2 kg	0,60-0,70	—	—	je 100 kg	9-13,35	je 100 kg	je 100 kg	19-23,75	je 100 kg	je 100 kg
Rohhäute	London	Ox 70 lbs ... d je lb	61 1/2-63 1/4	2,22	0,18	1,15	9 1/2	1,69	21,4	17 1/8	1,88	85,71
Sohlfelle	Deutschland	M. je kg	2,80	—	—	70-85	—	—	—	140-175	—	—
Leder	London	Dressing hides ... s je lb	1 1/4-1 1/8	2,22	2,27	3,40	3-3 6	7,3	87,93	1 9-2 6	4,53	193,6
Faserstoffe												
Baumwolle	New York	Middl. ... cts je lb	12,60	2,22	0,0888	je kg	1,12	je kg	je kg	17,25	je kg	je kg
"	Liverpool	Am. good middl. ... d je lb	6,63	2,22	0,18	1,18	15,60	1,39	24,16	10,64	0,94	83,38
"	Liverpool	Ägypten. ... d je lb	9,63	2,22	0,18	1,71	17	3,02	38,45	18,35	1,6	118
"	Bremen	Am. fully middl. loko. M. je kg	1,29	—	—	33	—	—	—	94,50	—	—
Wolle	London	Austr. sc. Merino sup. s je lb	2 11 1/2	2,22	2,27	4,72	3,6-3 10	8,31	99,20	2 10	6,40	274,07
"	Bremen	Cap. ... M. je kg	2,10	—	—	75	—	—	—	165	—	—
Jute	London	First marks ... £ je ton	35,10	0,984	20,07	712,48	43	853	10 302,9	30	692,10	25756
						(1000 kg)		(1000 kg)	(1000 kg)		(1000 kg)	(1000 kg)
Seide	Deutschland	Rohseide Organzin 20/22 M. je kg	42	—	—	12,50	—	—	—	5500	—	—
Hanf	London	Manila fair ... £ je ton	26,15	0,984	20,07	536,87	59	1184,1	14 136,6	38	762,6	98934
						(1000 kg)		(1000 kg)	(1000 kg)		(1000 kg)	(1000 kg)
Kautschuk, Terpentin, Lack												
Kautschuk	London	Hard Para ... s je lb	3 11 1/2	2,22	2,27	6,98	1 1/4 1/2	2,45	29,22	— 11 1/2	2,26	96,8
"	London	First Crepe ... s je lb	2 1/3	2,22	2,27	5,1	1,2	4,92	59,88	1 2 1/2	2,64	113,31
Terpentin	New York	cts je winch. gall. ...	45,75	0,22	0,0088	0,40 (l)	90	0,79 (l)	13,87 (l)	80	0,70 (l)	38,3 (l)
"	London	Loko ... s je cwt	32	0,02	0,02	0,64	105	2,11	25,16	69	1,38	69,2
Schellack	London	T. N. Orange ... s je cwt	84-85	0,02	0,02	1,69	500	10,03	119,8	340	6,80	296,6
"	Hamburg	T. N. Orange ... M. je kg	?	—	—	—	135	—	—	290	—	—
Mineralische Erzeugnisse, Metalle												
Salpeter	London	fob Chile ... s je quintal	10/9	21,73	22,16	je 1000 kg	14	je 1000 kg	je 1000 kg	10,4	je 1000 kg	je 1000 kg
Petroleum	New York	Raffi. in cases. cts je Gallone	11,25	0,22	0,0088	0,1 (l)	20,50	0,23	4,12 (l)	18,50	4,10 (l)	8,92 (l)
Kohlen	Newcastle	Steam best ... s je ton	17 6	0,984	1,003	17,58	50/2-55	53,24	634,95	25	26	1073
Eisen	England	Scotch pig. warr. ... s je ton	56	0,984	1,003	56,20	231	232,08	2767,42	106	107	4550
"	Deutschland	Rohblöcke ...	82,50	—	—	1770	—	—	—	3300 2100	—	—
Kupfer	London	Stand. Kasse ... £ je ton	65 1/8	0,984	20,07	1306,9	79 1/8	1602,3	19 129,98	87	1344,69	51522
"	Berlin	Raff. loko ... M. je 100 kg	130	—	—	1700 1725	—	—	—	5300	—	—
Blei	London	Engl. Kasse ... £ je ton	18 1/4	0,984	20,07	366,2	27 1/4-28	551,9	6589	25 1/4	406,42	21678
"	Berlin	Loko ... M. je 100 kg	34 3/35	—	—	690-710	—	—	—	2200	—	—
Zink	London	£ je ton	21 1/2	0,984	20,07	431,5	31 1/2-33 1/4	612	7607	26 1/4	536,89	22065
"	Berlin	Roh ... M. je 100 kg	46,—	—	—	750-770	—	—	—	2200	—	—
Zinn	London	Straits Kasse ... £ je ton	169 1/2	0,984	20,07	3101,8	221 1/4	4239,7	53 012	163 1/4	3306	141444
"	Berlin/Hamburg	Banca. Straits, Biliton M. je 100 kg	427,40	—	—	5600 5700	—	—	—	13 800	—	—
Nickel	Berlin/Hamburg	Rein 98,99 loko. M. je 100 kg	320	0,984	20,07	—	4400	—	—	11 800	—	—
Silber	London	d je oz 925:1000 ...	26 1/16	0,032	0,0026	je g	44 1/4	je g	je g	37 1/2	je g	je g
"	Berlin	900 fein ... M. je kg	81,55	—	—	0,009	1180-1200	0,115	1,46	3125	0,097	4,307
Gold	London	Fein ... s je oz	ca. 84/10	0,032	0,0326	2,791	117 6	3,866	46,1	101,3	3,333	142,553
"	Berlin	900 fein ... M. je kg	2790	—	—	39500	—	—	—	130 000	—	—
"	London	s je oz	?	0,032	0,0326	500	16,45	106,21	400	13,13	5629	—
"	Berlin	M. je g	?	—	—	150	—	—	—	390	—	—

Umrechnung: Preis in Friedensparität = Notierung × Faktor a.

Preis in M. Kurswert = Notierung × Wechselkurs × Faktor a.

Diskontsätze

Helsingfors... 9 %	Athen..... 6½ %	Prag..... 5½ %
Tokio..... 8 "	Rom..... 6 "	Berlin..... 5 "
Warschau... 7 "	Madrid..... 6 "	London..... 5 "
Lissabon... 7 "	Bukarest... 6 "	Brüssel..... 5 "
Kalkutta... 7 "	Paris..... 5½ "	New York F.R.B. 4½ "
Wien..... 7 "	Kopenhagen. 5½ "	Amsterdam... 4½ "
Kristiania... 6½ "	Stockholm... 5½ "	Schweiz..... 4 "
Sofia..... 6½ "		

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	Pari	30. 12.	7. 1.
Alexandrien, £: .. 97½ Pst	97½—97½ d	97½ Pst	
Bombay Rup.: 24 d	1 s 3½—4½ d	1 s 3½ d	
Hongkong, \$: —	2 s 7½—8½ d	2 s 7½—8½ d	
Schanghai, Tael: —	3 s 6—7½ d	3 s 6½—8 d	
Singapore, \$: —	2 s 3½—3½ d	2 s 3½ d	
Yokohama, Yen 24,58 d	2 s 3½—3½ d	2 s 3½ d	
Montev. T. T., \$: .. 51 d	41½ d—42 d	—	
Rio de Jan., Mil.: 27 d	7½ d	—	
Buen. Air. T. T., \$: 47,58 d	43½—44 d	43½ d	
Valpar. 90 T., £: 13½ Pesos	39,90 chil. \$ oro	40,20 \$	
Mexiko, \$: 24,58 d	27½ d—29½ d	27½—29½ d	

Die Notenbanken im Dezember 1921

Deutsche Reichsbank (in Mill. M.)

	Metall	davon Gold	Reichs- u. Darlehns-Kassensch.	Noten anderer Banken	Wechsel und Schecks	Diskont. Schatzanweing.	Lombard-Darlehn
7. 12..	1 006	994	3 522	6	1 465	108 338	98
15. 12..	1 005	994	4 023	7	1 437	116 539	36
23. 12..	1 004	993	6 209	8	1 408	117 037	15
31. 12..	1 007	995	6 964	2	1 062	132 331	8
Durchschn.	1 006	994	5 180	6	1 343	118 561	39
† Novbr.	— 2	unveränd.	+ 110	— 1	+ 184	+ 15 151	— 21

	Effekten-Bestand	Sonstige Aktiva	Noten-umlauf	Umlauf der Darlehns-Kassensch.	Depositen Reich u. Staat	Privat	Sonstige Passiva
7. 12..	230	7 535	102 790	7 608	3 320	14 006	1 700
15. 12..	183	8 321	104 568	7 599	5 757	18 542	2 383
23. 12..	202	7 789	108 995	7 982	5 121	16 668	2 585
31. 12..	196	8 221	113 639	8 325	7 591	25 314	2 944
Durchschn.	203	7 967	107 498	7 854	5 447	18 633	2 403
† Novbr.	— 59	+ 1 114	+ 11 197	+ 678	+ 821	+ 4 388	+ 299

Bank von England (in 1000 £)

	Metall.	Regierungs-Kredite	Andere Kredite	Notenumlauf	Private Guthaben
7. 12.....	128 434	70 064	80 636	124 962	142 743
14. 12.....	128 437	69 800	80 683	124 734	140 869
21. 12.....	128 431	50 825	85 200	126 671	124 207
28. 12.....	128 434	36 962	83 165	126 520	106 532

Currency Notes

	Staatl. Guthaben	„Kassenreserve“ (Münzen u. Noten)	Umlauf*)	Golddeckung	Regierungs-Sicherheit
7. 12.....	11 996	21 922	315 714	28 500	278 702
14. 12.....	13 858	22 153	318 329	28 500	281 545
21. 12.....	14 116	20 210	324 429	28 500	288 590
28. 12.....	16 057	20 364	325 584	28 500	289 131

*) Einschließlich der eingezogenen, aber noch nicht vernichteten Wechsel.

Bank von Frankreich (in Mill. fr)

	Gold in derKasse	Gold im Auslande	Silber	Auslands-Guthaben	Morator.-Wechsel	Andere Wechs.
1. 12.....	3576	1948	279	610	2432	63
8. 12.....	3576	1948	279	611	2217	62
15. 12.....	3576	1948	279	608	2347	61
22. 12.....	3576	1948	280	607	2245	58
29. 12.....	3576	1948	280	624	2506	57

	Lombard	Reg.-Kredite	Kredite an Verbündete	Noten-umlauf	Staats-guthaben	Privat-guthaben
1. 12.....	2250	25 100	4125	36 489	30	2625
8. 12.....	2314	24 800	4135	36 666	63	2454
15. 12.....	2276	24 700	4137	36 407	42	2446
22. 12.....	2277	24 700	4141	36 246	13	2574
29. 12.....	2228	24 800	4142	36 487	26	2717

Bundesreservebanken U. S. A. (in Mill. \$)

	Goldbestand	Silber- und Papiergeld	Diskon-tierung für Mit-gliedsb.	An-dere Wechsel	Regie-rungs-Obliga-tionen	An-dere Aktiva	Regie-rungs-Depositen	An-dere Depo-siten
1. 12....	2 849	140	1 182	73	205	61	46	1 697
8. 12....	2 851	140	1 171	82	202	61	52	1 666
15. 12....	2 869	132	1 153	100	230	62	69	1 673
23. 12....	2 871	122	1 225	127	211	63	55	1 730
30. 12....	2 870	123	1 180	114	241	63	72	1 693

	F. R. Noten im Umlauf	F. R. Banknot. im Umlauf	Andere Passiva	Kapital u. Reserve	Deckungsverhältnis (Deposit. u. Noten)
1. 12....	2 366	76	25	317	72,7 %
8. 12....	2 373	77	25	317	73,1 "
15. 12....	2 394	78	26	317	72,6 "
23. 12....	2 448	83	26	317	70,7 "
30. 12....	2 444	85	25	317	71,1 "

Schifffahrt und Schiffbau

Belgien

Ueber den Lloyd Royal Belge bringt „Liverpool Journal of Commerce“ folgende Angaben. Der Lloyd Royal Belge, der während des Krieges in engster Zusammenarbeit mit der belgischen Regierung tätig war, ist heute ein völlig freies, unter privater Verwaltung (Messrs Brys & Gylsen) stehendes Unternehmen. Er hat sich seit Beendigung des Krieges überraschend schnell entwickelt. Sein Schiffsbesitz wurde durch zahlreiche Verluste während des Krieges verringert, so daß er bei Einstellung der Feindseligkeiten nur noch über 16 Schiffe verfügte. Heute besitzt er bereits wieder etwa 90 Schiffe mit ungefähr 550 000 t Tragfähigkeit. Erst kürzlich kaufte er von der belgischen Regierung vier ehemals deutsche Dampfer, von denen zwei je 12 000 t, die anderen beiden je 10 000 t Tragfähigkeit hatten. Die Gesellschaft betreibt von Antwerpen aus eine Reihe regelmäßiger Fracht- und Passagierlinien. Von ihren 550 000 t liegen allerdings zurzeit ungefähr 300 000 t auf.

Die Gesellschaft erwarb während des Krieges die Whiteinch-Werft bei Glasgow. Dort liegen zurzeit vier Schiffe auf Stapel, deren Bau indessen nur langsam vorwärts schreitet. Sobald die Aussichten sich bessern, wird der Lloyd Royal Belge auch mit dem Schiffbau in Belgien beginnen. Er hat am Scheldelufer bereits Platz für eine Werftanlage erworben. Außerdem steht er in geschäftlichen Beziehungen zur Mercantile and Marine Engineering Co., die die Reparaturarbeiten und den Maschinenbau für seine Flotte besorgt. Er verfügt weiter über Kaistrecken, Lagerschuppen und moderne Umschlagsvorrichtungen in Antwerpen.

A. K.

Spanien

Spaniens Seehandel 1913—1920. Die Ein- und Ausfuhr über spanische Häfen bleibt noch immer weit hinter ihrem Vorkriegsumfang zurück. Nach „España Economica y Financiera“ stellte sich der seewärts einkommende und ausgehende Schiffs- und Güterverkehr Spaniens in den Jahren 1913 und 1920 wie folgt:

Jahr	Einkommend Schiffszahl	Ladungsmenge in t	Ausgehend Schiffszahl	Ladungsmenge in t
1913	ca. 12 000	5 800 000	ca. 17 500	14 900 000
1920	„ 10 000	3 700 000	„ 13 000	8 700 000

Der gesamte Güterverkehr der Seehäfen erreichte demnach im Jahre 1920 nur etwa 60 % seines Vorkriegsumfanges.

Wie die Seezufuhr Spaniens sich während dieses achtjährigen Zeitraums entwickelte und welchen Anteil die einheimischen und die fremden Schiffe an ihr hatten, zeigt folgende Tabelle (die Ziffern umfassen sowohl den Übersee- wie den Küstenverkehr):

Jahr	Einkommende Gütermenge in t	In span. Schiffen Ladung in t	%	In fremd. Schiffen Ladung in t	%
1913	5 784 000	2 273 000	39	3 511 000	61
1914	5 356 000	2 077 000	39	3 279 000	61
1915	3 765 000	1 759 000	47	2 006 000	53
1916	4 140 000	2 305 000	56	1 835 000	44
1917	2 277 000	1 536 000	67	741 000	33
1918	1 412 000	1 175 000	83	237 000	17
1919	3 197 000	2 290 000	72	907 000	28
1920	3 678 000	1 421 000	39	2 257 000	61

(Fortsetzung Seite 31.)

lige Umstellung dieses besonders für die Trampschiffahrt wichtigen Frachtengeschäftes statt. In bedeutendem Umfange wurde amerikanische Kohle in die bislang englischen Absatzgebiete verschifft; selbst England wurde in seiner Kohlennot von Amerika beliefert. Auch afrikanische Kohle fand in größeren Mengen ihren Weg nach Europa. Eine Folge dieser völlig veränderten Verhältnisse war, daß am La Plata die gewohnte europäische Tramp-tonnage fehlte und die Frachtraten für Europaverschiffungen hier anzogen. Im Mai erreichten die Frachtsätze am La Plata mit 58 s 9 d für Getreide nach England und dem Kontinent und für Hafer und Leinsaat mit 60 s ihren Höchststand. Im Oktober und November waren diese Sätze wieder auf 18 s 9 d beziehungsweise 20 s gesunken. Anfang Dezember machte sich am La Plata aufs neue in größerem Umfange Nachfrage nach Schiffsraum für Getreideverfrachtung nach Europa geltend, so daß die Sätze sofort von 25 s auf 32 s 6 d stiegen. Auch für Hafer und Leinsaat trat eine Besserung ein. Die Sätze bewegten sich zwischen 27 s 6 d und 35 s.

Nach Beendigung des Grubenstreiks und nach der in verschiedenen Ländern zwischen Reedern und Seeluteorganisationen erfolgten Verständigung über eine Herabsetzung der Heuern, konnten die europäischen Schiffe langsam ihre Fahrten wieder aufnehmen. Die zurückgegangenen Kohlenpreise trugen das ihrige dazu bei, daß die Kohlenverschiffungen wieder in Gang kamen.

Auch der Verkehr nach dem Osten war infolge des Grubenstreiks zurückgegangen. Im Juni setzte Nachfrage nach Schiffsraum ein, so daß ein beträchtliches Steigen der Frachtsätze nicht ausblieb. Der Höchststand war im August. Für Reis von Saigon nach England und Kontinent wurde gezahlt 65 s, für Zucker von Java nach England und Kontinent 70 s, für Bohnen und Getreide von Dalny nach England und Kontinent ebenfalls 70 s und für Getreide von Australien nach England und Kontinent 75 s. Die Heimfrachten aus dem Mittelmeer- und Baigebiet bewegten sich während des Jahres in dauernd sinkender Kurve. Erz von Bilbao nach Middlesborough fiel von 16 s auf 8 s, Grubenholz von 20 s 6 d auf 12 s. Während des Streiks in England fand keine Verschiffung statt. Für Frucht von Spanien nach England ist ein Rückgang von 60 s auf 32 s 6 d zu verzeichnen.

Nach dem Höchststand des Geschäftes im August setzte auf allen Heimfrachtmärkten ein Sinken der Frachtsätze ein, das zum Teil darauf zurückzuführen war, daß manche Reeder, die bei dem Anziehen der Sätze auf lohnenden Verdienst hofften, ihre aufgelegten Schiffe wieder in Fahrt gesetzt hatten. Auch der sich ständig verschärfende Wettbewerb der Linienschiffahrt mit den Trampreedereien mag zu dem Frachtenrückgang beigetragen haben.

Deutlich kam die ungünstige Entwicklung des Weltfrachtgeschäfts im Zeitchartermarkt zum Ausdruck. Ohne irgendeine wesentliche Besserung im Laufe des Jahres sanken die Raten für die allgemeine Fahrt von 10 s auf 7 s und für die Rundreisen von Nordamerika nach dem Kontinent von 15 s auf 6 s 9 d.

Spanien (Fortsetzung)

Die Einfuhr hat demnach im Jahre 1918 ihren tiefsten Stand erreicht. Seitdem ist wieder eine Zunahme festzustellen. Im Anteilsverhältnis der heimischen und fremden Flagge ist während des Krieges begreiflicherweise eine erhebliche Veränderung eingetreten. Während die fremde Flagge vor dem Kriege ungefähr 61 % der Einfuhr deckte, sank ihr Anteil im Jahre 1918 auf nur 17 % herab. Das Jahr 1920 hat dann das Vorkriegsverhältnis wiederhergestellt. Die heimischen Schiffe brachten in diesem Jahre wieder 39 %, die fremden 61 % der Einfuhr heran.

Die Ausfuhr und der Anteil der heimischen und fremden Schiffe an ihr stellte sich in den einzelnen Jahren wie folgt:

Ausfuhr über spanische Häfen 1913/20:

Jahr	Ausgehende Gütermenge in t	In span. Schiffen Ladung in t	%	In fremd. Schiffen Ladung in t	%
1913	14 871 000	4 596 000	31	10 275 000	69
1914	11 140 000	3 550 000	32	7 560 000	68
1915	9 264 000	3 578 000	39	5 686 000	61
1916	10 906 000	3 834 000	35	7 072 000	65
1917	9 319 000	2 201 000	24	7 115 000	76
1918	7 463 000	1 626 000	22	5 837 000	78
1919	7 360 000	1 892 000	26	5 468 000	74
1920	8 737 000	1 535 000	18	7 202 000	82

Wie die Tabelle erkennen läßt, ist die Ausfuhr durch den Krieg nicht in der gleichen tiefgreifenden Weise verändert worden wie die Einfuhr. Ist die Einfuhr um 75 % gesunken,

so läßt sich für die Ausfuhr nur ein Rückgang um 50 % feststellen. Der prozentuale Anteil der fremden Schiffe ist während des Krieges nur unwesentlich zurückgegangen und hat sich während der letzten Jahre stark vergrößert. Während 1913 die ausgehende Gütermenge zu 69 % den fremden Schiffen anvertraut wurde, entfallen im Jahre 1920 82 % auf die fremde Flagge.

A. K.

Vereinigte Staaten

Kürzung der Heuern auf amerikanischen Regierungsschiffen.

Einer Ankündigung Mr. J. Powells, des Präsidenten der Fleet Corporation zufolge, werden die Heuersätze auf den Schiffen des Schiffsamtes nicht vor dem 1. 2. herabgesetzt werden, obwohl der zurzeit gültige Tarif am 1. 1. außer Kraft tritt. A. K.

Ratenkürzung in der Europa-Pacifikfahrt.

Wie das amerikanische Schiffsamt von seinem Londoner Vertreter erfährt, hat die Ankündigung der Ellerman Line, eine Linie von Europa nach den Pazifischen Ozeanen zu wollen, eine Abwehrmaßnahme der in diesem Verkehr bereits beschäftigten Schiffahrtsgesellschaften zur Folge gehabt. Die Westwärtsraten sind um 50 % gekürzt worden. Das Schiffsamt ist gegenwärtig an diesem Verkehr nicht mehr unmittelbar beteiligt. Die bis vor kurzem von der Firma Williams Dimond & Co. mit amerikanischen Regierungsschiffen unterhaltene European Pacific Line ist kürzlich durch die American Hawaiian Steamship Co (Harriman-Konzern) abgelöst worden, die jetzt eigene Schiffe in diesem Verkehr laufen läßt. Außer dieser Gesellschaft sind die beiden britischen Reedereien Alfred Holt und Furness Withy & Co., sowie ein gemeinsamer Dienst der Holland-Amerika Linie und Royal Mail hier tätig. Die Ratenkürzung ist von den drei erstgenannten Firmen vorgenommen worden, man erwartet jedoch, daß sich auch der letztgenannte gemeinsame Dienst ihnen anschließen wird. Die scharfe Gegenmaßnahme ist darauf zurückzuführen, daß der Europa-Pacifikverkehr bereits einen Überschuß an Tonnage aufwies. Die Westwärtsraten sind während der letzten Monate um nahezu die Hälfte herabgegangen. So ist z. B. die Rate für Mehl und Weizen von der Pazifikküste nach europäischen Häfen von 65 auf 30 s gefallen. Ob infolge der jetzt vorgenommenen Kürzung der westwärtsraten auch die Ostwärtsraten noch weiter zurückgehen werden, läßt sich zurzeit noch nicht mit Sicherheit voraussagen.

A. K.

Polnische und ungarische Einwanderung in die Vereinigten Staaten für das laufende Fiskaljahr geschlossen.

Die Einwanderung aus Polen und Ungarn in die Vereinigten Staaten ist nach Erreichung der diesen beiden Nationen zugewilligten Höchst Einwanderungsquoten Mitte Dezember zum Abschluß gelangt. Polnische und ungarische Einwanderer werden also bis zum 1. 7. dieses Jahres nicht mehr von den amerikanischen Einwanderungsbehörden zugelassen. Damit sind bereits 13 Nationen von der Einwanderung in die Vereinigten Staaten im Laufe des Fiskaljahres ausgeschlossen worden. Bis Ende Dezember v. J. hat auch die italienische Einwanderung ihre Höchstquote erreicht und ist damit abgeschlossen.

Über die weitere Einwanderungspolitik der Vereinigten Staaten wird im Kongreß gegenwärtig verhandelt. Die Regierung hat ihren Standpunkt bisher noch nicht dargelegt, doch ist man der Ansicht, daß sie sich mit einem weiteren Inkraftbleiben des gegenwärtigen Einwanderungsgesetzes, vielleicht unter Vornahme einer schärferen Auswahl der Auswanderer in den Bestimmungslandern, einverstanden erklären wird. Von dem Chairman des Committee on Immigration des Repräsentantenhauses, Mr. Johnson, ist bekanntlich kürzlich ein Entwurf eingebracht worden, der nur die Ehegatten und die minderjährigen Kinder von bereits in den Vereinigten Staaten naturalisierten Personen zulassen, also die Einwanderung nahezu ganz verbieten will. Johnsons Entwurf hat den Charakter einer Übergangsmaßnahme. Er ist für eine Dauer von drei Jahren geplant.

Auch die Schiffahrtsgesellschaften werden Gelegenheit haben, sich zu dem Einwanderungsproblem zu äußern und zwar wird voraussichtlich der Präsident der International Mercantile Marine Co., Mr. Franklin, den Standpunkt der transatlantischen Linien darlegen.

A. K.

Schiffskreisel auf amerikanischen Passagierschiffen.

Das Schiffsamt hat sich nach Beratungen mit Schiffbautechnikern entschlossen, eins seiner neuen Passagierschiffe, wahrscheinlich einen der 535-Fuß-Dampfer, mit einem Schiffskreiselausrüstet. Der Apparat, der die Kollbewegungen des Schiffes aufheben, die Anbringung von Schlingerkielen unnötig machen

und damit etwa 2000 Pferdestärken Antriebskraft sparen soll, mißt etwa 12 Fuß im Durchmesser, wiegt etwa 100 Tonnen und rotiert mit 850 Umdrehungen in der Minute. Sein Einbau wird ungefähr 150 000 \$ kosten. A. K.

Ist die International Mercantile Marine Co. als amerikanische Schifffahrtsgesellschaft anzusehen? Diese Frage ist nach einer Äußerung des Chairman des Shipping Board, Mr. Lasker, noch immer nicht endgültig geklärt. Neue Verhandlungen mit dem Präsidenten der I. M. M. haben Mitte Dezember stattgefunden und ihre Fortsetzung ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Da das Schifffahrtsamt indessen beschlossen hat, von einer Verfügung über die Regierungsschiffe, sei es durch Überweisung, Vercharterung oder Verkauf abzusehen, bis die Subsidien-Bill durch den Kongreß erledigt ist, so liegt vorläufig kein Grund zu einer beschleunigten Entscheidung über den Charakter der I. M. M. und die Annahme oder Ablehnung ihrer Kaufofferte für Regierungsschiffe vor. A. K.

Die amerikanische Handelsflotte. Nach dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht des amerikanischen Bureau of Navigation bestand die amerikanische Handelsflotte am Schluß des letzten Fiskaljahres (also am 30. 6. 21) aus 28 012 Schiffen mit 13 282 136 Br. R. T., die sich auf die verschiedenen Bestimmungsbereiche wie folgt verteilen:

Überseeverkehr	5 951	Schiffe mit	11 077 398	Br. R. T.
Küsten-, Fluß- u. Binnen-seeverkehr	21 478	"	7 163 136	"
Fischerei	583	"	41 602	"
Zusammen	28 012	Schiffe mit	18 282 136	Br. R. T.

In diese Ziffern sind alle Handelsschiffe, auch die unter 100 Br. R. T., eingeschlossen. Nicht mitgezählt sind elf ehemals deutsche Schiffe mit zusammen 187 000 Br. R. T. (darunter der Dampfer Leviathan ex Vaterland mit 54 281 Br. R. T.), die am 30. 6. aufgelegt waren oder nicht für Handelszwecke in Betracht kamen. (Lloyds Register, das nur die Schiffe über 100 Br. R. T. berücksichtigt, gibt für den gleichen Zeitpunkt die Tonnage der Seedampferflotte der Vereinigten Staaten mit 13 583 240 und der Dampferflotte auf den Großen Seen mit 2 163 144 Br. R. T. an.)

Die Vergrößerung der amerikanischen Handelsflotte seit Vorkriegszeit ist aus den folgenden Ziffern ersichtlich:

	Überseeverkehr	Heimischer Verkehr	Zusammen
	Br. R. T.	Große Seen Br. R. T.	Küsten u. Flüsse Br. R. T.
30. 6. 1914	1 076 152	2 882 922	3 969 614
30. 6. 1921	11 081 690	2 361 166	4 839 280
			18 282 186

Es zeigt sich, daß die gewaltige Vergrößerung der amerikanischen Handelsflotte fast allein durch die Zunahme der in der Überseefahrt beschäftigten Tonnage herbeigeführt worden ist. Während der im Küsten- und Flußverkehr tätige Schiffsraum sich nur verhältnismäßig wenig vergrößert und die Flotte auf den Großen Seen sogar eine Verringerung erfahren hat, ist die in der Überseefahrt beschäftigte Tonnage innerhalb dieses siebenjährigen Zeitraums auf das Elfache gewachsen. Sie betrug 1914 nur ca. 14 %, 1921 dagegen 60 % der gesamten amerikanischen Handelstonnage.

Von den 10 000 000 Br. R. T., um die der im Überseeverkehr tätige amerikanische Schiffsraum seit Kriegsbeginn gewachsen ist, sind rund 8 000 000 Br. R. T. auf Veranlassung des Schifffahrtsamtes und auf Staatskosten gebaut worden. Das riesige Bauprogramm der Regierung steht vor dem Abschluß. Am 30. 6. 21 waren nur noch 25 Dampfer mit 214 638

Br. R. T. für das Amt in Arbeit. Einige dieser letzten Neubauten sind heute bereits abgeliefert und in Fahrt gesetzt. Die Regierung hat für die Durchführung ihres Bauprogramms über 3 Milliarden \$ aufgewandt; also mehr als die gesamte Welt-handelsflotte des Jahres 1913 kostete.

Einen Überblick über die Entwicklung der seegehenden Tonnage (Seeschiffe und Küstenfahrer über 500 Br. R. T.) gibt die folgende Tabelle, in der die für das Schifffahrtsamt gebauten und die privaten Reedereien gehörigen Schiffe besonders aufgeführt werden. Sämtliche Regierungsschiffe haben einen Raumgehalt von mehr als 1000 Br. R. T., Küstenfahrer unter 500 Br. R. T., Fluß- und Binnenschiffahrt sind in der Rubrik „alle anderen Schiffe“ zusammengefaßt.

	Seegeh. Schiffe über 500 Br. R. T. des Schifffahrtsamtes	Seegeh. Schiffe über 500 Br. R. T. der privat. Reedereien	Alle and. Schiffe	Zusammen
	Zahl	Br. R. T.	Zahl	Br. R. T.
1917.	19	76160	1552	356410
1918.	235	939058	1649	3813325
1919.	982	3827203	1676	3927651
1920.	1630	6903128	1774	4375613
1921.	1798	7993771	1925	5240830
				24286 5047735
				26397 8871037
				5172135 26711 9924518
				5152446 27513 12907300
				5095283 28183 16324024
				28012 18282136

Von dem 18 Mill. Br. R. T. umfassenden Schiffsraum der Vereinigten Staaten entfallen also 13 Mill. oder mehr als zwei Drittel auf seegehende Schiffe über 500 Br. R. T. Der Schifffahrtsamtsflotte sind auch 47 ehemals deutsche Schiffe mit 230 778 Br. R. T. zugezählt, die bei Eintritt Amerikas in den Krieg beschlagnahmt wurden. Bekanntlich geht die Absicht der Regierung dahin, ihre Schiffe allmählich in den Besitz der privaten Reedereien überzuführen. Nur bei einer verhältnismäßig geringen Zahl von Regierungsschiffen hat diese Absicht bisher verwirklicht werden können.

Die Depression des Weltfrachtenmarktes, unter der die neuen amerikanischen Seeschiffe ihrer hohen Bau- und Betriebskosten wegen besonders stark leiden, hat einen großen Teil des seegehenden Schiffsraumes der Vereinigten Staaten stillgelegt. Die amerikanische Flagge hat deshalb am Schiffsverkehr des Landes noch nicht den Anteil erlangen können, den man bei der Größe der heimischen seegehenden Tonnage erwarten sollte. Es kamen und gingen in amerikanischen Häfen:

	Amerik. Schiffe	Fremde Schiffe	Zusammen
	Netto R. T.	Netto R. T.	Netto R. T.
im Fiskaljahr 1913/14	27 470 703	79 101 283	106 571 936
„ 1920/21	67 946 336	70 124 833	138 071 169

Während die amerikanische Flagge im Fiskaljahr 1913/14 ein Viertel des gesamten Seeverkehrs des Landes deckte, ist ihr Anteil 1920/21 auf ein Halb hinaufgegangen. Scheidet man Nordamerikaverkehr (der den Verkehr nach kanadischen, mexikanischen, westindischen und zentralamerikanischen Häfen umfaßt) von dem großen Überseeverkehr (nach Europa, Afrika, Asien, Australien und Südamerika), so ergibt sich folgendes Bild:

	Amerik. Schiffe	Fremde Schiffe	Zusammen
	Netto R. T.	Netto R. T.	Netto R. T.
1913/14	25 807 974	30 821 192	56 629 166
Überseeverkehr	1 662 729	43 280 091	49 942 820
1920/21	46 070 997	25 419 370	71 490 367
Überseeverkehr	21 875 339	44 705 463	66 580 802

Die Zunahme des Nordamerikaverkehrs ist zu neun Zehntel auf den großen Ölimport zurückzuführen, den die Vereinigten Staaten von Mexiko empfangen. Er ist von 737 Mill. im Fiskaljahr 1913/14 auf 5606 Mill. Gallonen im Jahre 1920/21 gewachsen. Am Überseeverkehr war die amerikanische Flagge 1914 nur mit 3 %, im Jahre 1921 dagegen mit fast 33 % beteiligt. A. K.

Vermischtes

Deutschlands Wiederauftreten in Indien macht nach den „Times“ v. 5. 1. 22 dem Trade Commissioner für Indien und Ceylon schwere Sorgen. Die deutsche Einfuhr hatte 1921 einen Wert von 4 1/2 Mill. £, wobei Farbstoffe mit 1,2 Mill. obenan standen. Es folgten Metallwaren mit 0,86, Salz mit 0,35, Kurzwaren mit 0,29, Glaswaren mit 0,2, Papierwaren mit 0,19 und Seidenwaren mit 0,17 Mill. £. Die Kurve steigt von Monat zu Monat an und in absehbarer Zeit wird Deutschland, wenn die Kurve so weitersteigt, seinen alten Platz wieder eingenommen haben. Die britische Kriegsindustrie in

Anilin- und Alizarinfarben wird um 40—50 % mit den Preisen unterboten; auch Maschinen, z. B. Reismühlen, werden bis zu 50 % billiger von Deutschland angeboten. Dabei hat Deutschland mit der Schwierigkeit zu kämpfen, daß seine Monteure, gemäß dem fünfjährigen Zulassungsverbot für Deutsche, die Maschinen nicht aufstellen können. Die Eingeborenen kaufen sogar vorzugsweise deutsche Waren, so daß Deutschland in Indien schon in nächster Zukunft ein vielversprechendes Feld seiner Tätigkeit finden wird. H. Z.